

**31. Sitzung**

**Dienstag, den 28. August 2012**

**Mainz, Deutschhaus**

**Erneutes Scheitern des Nürburgring-Projekts und Verantwortung des Ministerpräsidenten**  
**Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 38 weiterer Abgeordneter der Fraktion**  
**der CDU gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i.V.m.**  
**§ 21 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags**  
**Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags**  
 – Drucksache 16/1519 –

**dazu: Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten**  
**Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 38 weiterer Abgeordneter der**  
**Fraktion der CDU gemäß Artikel 99 der Verfassung für Rheinland-Pfalz**  
**i.V.m. § 50 der Geschäftsordnung des Landtags**  
 – Drucksache 16/1520 – ..... 1923

*Nach Begründung und Aussprache wird die Abstimmung über den Antrag*  
*– Drucksache 16/1520 – vertagt auf den 30. August 2012. .... 1949*

**Am Regierungstisch:**

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

**Entschuldigt fehlten:**

Die Abgeordnete Jutta Blatzheim-Roegler; die Staatssekretäre Dr. Thomas Griese und Frau Heike Raab.

**Rednerverzeichnis:**

Abg. Bracht, CDU: .....	1944
Abg. Frau Klöckner, CDU: .....	1923, 1930
Abg. Hering, SPD: .....	1937, 1942
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: .....	1944
Präsident Mertes:.....	1923, 1929, 1930, 1937, 1944
Vizepräsident Dr. Braun: .....	1949
Vizepräsidentin Frau Klamm: .....	1942, 1944

### 31. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 28. August 2012

Die Sitzung wird um 13:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

#### Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 31. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz und darf Sie herzlich begrüßen.

Frau Machalet und Herr Brandl werden mir als Sitzungsvorstand zur Seite stehen.

Herr Staatssekretär Dr. Griese und Frau Staatssekretärin Raab sind entschuldigt.

Eine erfreuliche Mitteilung gibt es bei dieser Sitzung auch. Herr Baldauf, Sie haben das 45. Lebensjahr erreicht. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Das hat auch Thorsten Wehner erreicht. Lieber Thorsten Wehner, ebenfalls herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Der Kollege Norbert Mittrücker hat heute Geburtstag. Er wird heute feiern. Wie immer herzlichen Glückwunsch und ein kleines Kistchen Wein für das Geburtstagskind an den Tagen, an denen Plenarsitzung ist!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen eine Tagesordnung vorgelegt. Gibt es dazu Hinweise von Ihrer Seite? – Ich sehe das nicht. Damit ist sie angenommen.

Ich muss Sie bitten, mir bei den Mitteilungen des Präsidenten in aller Gelassenheit zuzuhören. Es gab im Protokoll der letzten Plenarsitzung zwei Begrifflichkeiten, die Sie bitte künftig nicht mehr erwähnen wollen. Das eine ist die Begrifflichkeit des Dolchstoßes. Sozialdemokraten und Zentrum mussten nach dem Ersten Weltkrieg das wegräumen, was ihnen die Aristokratie und die Monarchie geliefert hatten. Diejenigen, die „Dolchstoß“ damals zu den Sozialdemokraten und Christdemokraten gesagt haben, waren diejenigen, die den Humus für die zweite Weltkatastrophe im vergangenen Jahrhundert gelegt haben. Ich bitte darum, es einfach nicht mehr zu machen.

Das Zweite ist das unbeabsichtigte, aber doch rhetorische Zusammenfallen von fünfter Abteilung und fünfter Kolonne. Das ist auch nachdenkenswert. Ich sage Ihnen das deshalb, weil in diesem Parlament einer gesessen hat, der im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republikaner mitgekämpft hat, der Abgeordnete Herbert Müller. Vielleicht wird jetzt noch irgendjemand sagen: Aber der war doch in der KPD. – Vielleicht war es 1949 ehrenhafter, in der KPD zu sein als in der NSDAP. Dieser Mann war im KZ. Dieser Mann war in Frankreich.

Dieser Mann war im Krieg in Spanien als spanischer Offizier. Der Krieg in Spanien ging zu Ende. Er wurde in Frankreich interniert. Für alle, die sich ein bisschen auskennen: in Gürs. – Dort ist er geflohen, bevor er die pfälzischen Juden hätte begrüßen können, die 1943 dort hingeschickt worden sind.

Mir geht es darum, einfach Irritationen zu vermeiden. Mehr will ich dazu nicht sagen. Ich habe es auch bewusst allgemein gehalten.

Meine Damen und Herren, wir haben eben eine Tagesordnung beschlossen. Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

#### **Erneutes Scheitern des Nürburgring-Projektes und Verantwortung des Ministerpräsidenten Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 38 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i.V.m. § 21 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags**

– Drucksache 16/1519 –

dazu:

#### **Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 38 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU gemäß Artikel 99 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i.V.m. § 50 der Ge- schäftsordnung des Landtags**

– Drucksache 16/1520 –

Frau Klöckner, ich gehe davon aus, Sie werden begründen. – Dann erteile ich Ihnen das Wort.

#### **Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Ministerpräsident und sehr geehrter Herr Präsident! Artikel 99 unserer Landesverfassung sagt:

„(1) Der Ministerpräsident, die Landesregierung und die Minister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtags.

(2) Sie müssen zurücktreten, wenn ihnen der Landtag mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl das Vertrauen entzieht.“

Was bedeutet Vertrauen? – Vertrauen ist eine Leitwährung in der Politik. Demokratie funktioniert nie ohne Vertrauen. Jede Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen des Staates, in die Regierung, in die Parlamente und in die Justiz. Vertrauen ist also eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Zivilgesellschaft.

Ohne Vertrauen im Parlament finden Gesetze und parlamentarische Entscheidungen keine Akzeptanz. Nur weil der Wähler zunächst seinem direkt gewählten Abgeordneten oder seiner direkt gewählten Abgeordneten

oder der Partei sein Vertrauen in Vorschuss gegeben hat, können in einer parlamentarischen Demokratie überhaupt erst Entscheidungen getroffen werden, die auch akzeptiert sind.

Nur wenn der Bürger der gewählten Regierung trauen kann, ist er langfristig bereit, Vertrauen auch entgegenzubringen und die getroffenen Entscheidungen zu akzeptieren. Politisches Vertrauen zeigt sich darin, dass wir die Regeln, auf deren Grundlage politische und ökonomische Entscheidungen getroffen werden, kennen und gleichzeitig davon ausgehen, dass sich tatsächlich alle an diese Regeln halten. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir davon ausgehen können, dass diese Regeln auf Dauer angelegt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses politische Vertrauen, das die Verhältnisse zwischen Staat und Bürgern, aber auch in der Gesellschaft untereinander prägt, wird infrage gestellt, wenn Regierungsvertreter Entscheidungen vor sich herschieben, ungelöst lassen oder offenkundig falsch entscheiden und dies dann noch nicht einmal wahrhaben wollen, verschleiern und schönreden, bis es dann nicht mehr geht.

Es muss auch ein Mindestmaß an Vertrauen im Parlament selbst herrschen. Das gilt für den Umgang der Fraktionen untereinander.

(Zurufe von der SPD)

Das gilt aber auch für den Umgang zwischen Regierung und Parlament. Das Parlament sind nicht nur die Regierungsfaktionen, das Parlament sind wir alle, die Regierungsfaktionen und die Opposition.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, wenn sich Ihr Verständnis der Zusammenarbeit aber ausschließlich auf die Mehrheitsfraktionen der SPD und der GRÜNEN bezieht, dann ignorieren Sie, wie Demokratie funktioniert. Die parlamentarische Opposition gehört zur Demokratie immer dazu. Ohne parlamentarische Opposition gibt es keine Demokratie. Die Opposition ist der Regierung nicht untergeordnet, die Opposition hat Verfassungstatus.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns die Entscheidung, den Misstrauensantrag gegen Sie, Herr Ministerpräsident, einzubringen, nicht leicht gemacht. Seit 60 Jahren hat es in der Geschichte dieses Landes keinen Misstrauensantrag mehr gegen einen Ministerpräsidenten gegeben. Einem amtierenden Ministerpräsidenten das Vertrauen zu entziehen, das bedarf guter Gründe. Diese guten Gründe haben wir.

Als die SPD-Fraktion 1952 einen Misstrauensantrag stellte, warf sie der damaligen CDU-Regierung vor, den Schulfrieden des Landes zu gefährden. Der damalige Ministerpräsident Altmeier wollte an der damaligen, in der Verfassung festgelegten Trennung der Schulen nach Konfessionen festhalten, während sich die SPD für die christliche Gemeinschaftsschule in Rheinhessen stark machte. Eine Mehrheit für das Misstrauensvotum war

nicht absehbar und war am Ende auch nicht gegeben. Man kann durchaus darüber streiten, ob eine Debatte über eine Schulstruktur ein Misstrauensvotum gerechtfertigt hat. Wenn damals aber ein Misstrauensvotum in den Augen der SPD wegen einer Schulstrukturfrage berechtigt war, dann ist es unter den Umständen der Nürburgring-Katastrophe, für die der Ministerpräsident die Gesamtverantwortung trägt, heute mehr als berechtigt, diesen Misstrauensantrag zu stellen.

(Starker Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, es gab viele Situationen in den 18 Jahren Ihrer Regierungszeit, in denen wir Ihre Politik nicht geteilt haben und explizit auch anderer Meinung waren. Das hat in unseren Augen aber niemals einen Misstrauensantrag gerechtfertigt. Wir kämen niemals auf die Idee, wegen Schulstrukturfragen einen solchen Antrag zu stellen. In der jetzigen Situation lassen Sie uns aber keine andere Wahl, weil Sie, Herr Ministerpräsident, für sich selbst ganz neue Maßstäbe beanspruchen, die Sie aber anderen nicht zugestehen. Sie trennen für Ihre Person die politische Verantwortung von der politischen Haftung und von Konsequenzen. Sie sind für die Misere am Nürburgring verantwortlich, Folgen soll das für Sie persönlich aber nicht haben. Für andere hat das Folgen.

Warum soll das eigentlich just für Sie keine Folgen oder Konsequenzen haben? – Verantwortung, die keine Konsequenzen kennt, ist nur ein leeres Wort. Ihr Angebot an uns in der vergangenen Sondersitzung, die Gesamtverantwortung zu übernehmen, ist ein wertloses Angebot. Politische Verantwortung und politische Haftung müssen aber zwei Seiten einer einzigen Medaille sein.

Nur so lässt sich der Vertrauensvorschuss bei Wahlen rechtfertigen. Ob man aus politischer Verantwortung politische Haftung ableitet, ist nicht davon abhängig, Herr Ministerpräsident, ob man die Mehrheit hinter sich hat, sondern das ist eine Frage des Anstands.

(Beifall der CDU)

Sie, Herr Ministerpräsident, sagen zwar, Sie übernehmen die Gesamtverantwortung, wollen jedoch genauso weitermachen wie bisher. Wir akzeptieren das als CDU-Fraktion nicht. Denn die Übernahme der Gesamtverantwortung in der Nürburgring-Affäre, die Sie verkündet haben, ist überhaupt nichts Neues. Sie haben sowieso die Gesamtverantwortung als Ministerpräsident qua Amt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Verantwortung heißt Einstehen für das eigene Handeln. Wer diesen Zusammenhang von Verantwortung und Konsequenz auflöst, der lässt Verantwortung schlichtweg zur Phrase verkommen, der glaubt, mit dem Aussitzen nach der Sommerpause sei alles vergessen.

Herr Ministerpräsident, Sie sind einfach zur politischen Tagesordnung übergegangen. Vor wenigen Tagen stand eine Journalistenreise durch Rheinhessen in Ihrem Veranstaltungskalender. Sie ließen es sich – so war zu

lesen – gut gehen bei Wildkräutersalat, Rinderschmorbraten und Pflaumenparfait.

(Zurufe der Abg. Hering und Pörksen, SPD)

Haben Sie eigentlich kein Gespür mehr für die Stimmung im Land? In diesen Tagen gehört der für das Nürburgring-Desaster verantwortliche Ministerpräsident nicht in den rheinhessischen Gourmethimmel,

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

sondern in die „Grüne Hölle“ am Nürburgring, wo Menschen blanke Existenzangst haben.

(Beifall der CDU –  
Hering, SPD: Die haben Sie viel mehr!)

Erinnern wir uns: Der ehemalige Finanzminister Deubel musste wegen des Nürburgring-Desasters zurücktreten, weil er als Kabinettsmitglied eine Teilverantwortung hatte. Sie, Herr Ministerpräsident, haben nicht nur eine Teilverantwortung, sondern die Gesamtverantwortung. Sie lehnen jedoch den Schritt ab, der für den galt, der die Teilverantwortung hatte. Warum sollte denn bei Herrn Professor Deubel eine Entschuldigung nicht genügen, bei Ihnen aber, der die Gesamtverantwortung hat – das ist mehr als eine Teilverantwortung –, soll die Entschuldigung genügen?

(Pörksen, SPD: Denken Sie darüber nach!)

Diese Maßstäbe versteht kein Mensch draußen, sei er gebildet oder weniger gebildet. Das ist eine Frage des Anstands, wie Sie mit dem Parlament, aber auch mit Ihrem Amt umgehen.

(Beifall der CDU)

Wir als CDU-Opposition sind auch der Meinung, dass gerade derjenige, der an der Spitze eines Landes steht, ein besonderes Vorbild sein muss. Dass Regierungen Fehler machen, das muss möglich und erlaubt sein.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ach ja?)

Kein Leben, kein Arbeiten, auch kein Regieren ist möglich ohne Fehlentscheidungen. Wir werfen Ihnen in diesem Misstrauensantrag in dieser Debatte nicht den Fehler vor, den Sie gemacht haben, wir werfen Ihnen nicht vor, dass Sie die Versprechungen, die Sie machten, nicht einhalten konnten und keinen Privatinvestoren gefunden haben. Was wir Ihnen vorwerfen, ist aber, wie Sie mit Ihren Erkenntnissen und den Fehlern vorangeschritten sind.

(Pörksen, SPD: Alles Behauptungen!)

Ihre unterentwickelte Kultur, mit Fehlern umzugehen, hat dazu geführt, dass weitere schwere und teure Fehler gemacht worden sind.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben damit dem Land geschadet, Sie haben damit dem Steuerzahler geschadet.

Damit fehlt Geld für Straßen, Schulen, Kita-Plätze und unsere Polizei

(Hoch, SPD: Das ist doch schon wieder gelogen!)

Wir trauen Ihnen eben nicht mehr zu, das zum Guten zu wenden, was Sie angepackt haben. Denn Sie möchten Lösungen finden mit der gleichen Denkweise, wie Sie unser Land in Probleme geführt haben.

(Beifall der CDU)

Bereits vor der vergangenen Landtagswahl hatten Sie einen Wissensvorsprung und wussten um das dramatische Ausmaß am Ring.

(Ramsauer, SPD: Woher wollen Sie das denn wissen? –  
Pörksen, SPD: Nackte Behauptungen und Unterstellungen!)

Ihren damaligen Wissensvorsprung haben Sie aber nicht zum Wohle des Landes und nicht zum Wohle der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler genutzt und ihnen Verluste erspart, sondern Sie haben Ihr Wissen zum Wohle Ihrer Machterhaltung eingesetzt, um Ihre Wiederwahl noch einmal zu sichern.

(Beifall der CDU –  
Ramsauer, SPD: Das ist die Unwahrheit!)

Deshalb passt sehr wohl ein kluger Satz von Cicero. Er sagt: „Der Staat muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut werden, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.“

Konkret: Als Regierungschef müssen Sie zuerst an die Bürger und nicht zuerst an die SPD denken. Sie haben einen Amtseid geleistet, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU –  
Pörksen, SPD: Ist es denn möglich?)

Herr Ministerpräsident, wir haben Ihnen in den vergangenen vier Wochen die Chance gegeben, selbst die Konsequenzen aus Ihrem persönlichen Scheitern zu ziehen.

(Pörksen, SPD: Lächerlich!)

Wir haben bis zum Schluss mit der Einbringung unseres Misstrauensantrages gewartet.

(Frau Elsner, SPD: Oh Gott, mir kommen die Tränen!)

Sie haben auch diese Chance verstreichen lassen.

Deshalb klaffen hier – deutlich wie nie – bei Ihnen Anspruch und Wirklichkeit auseinander.

(Pörksen, SPD: Bei Ihnen!)

Die Landesregierung hat sich mit ihren Geschäftspartnern am Nürburgring nachweislich zweifelhafter Methoden bedient. Ob das rechtswidrig war, das werden Ge-

richte entscheiden. Aber eine Landesregierung, deren Regierungschef, deren Finanzminister immer wieder gegen Finanzmärkte wettern, kann kaum glaubwürdig mit dem Maßstab handeln: Alles ist erlaubt, was der Regierung nutzt. – Jeder Häuslebauer würde sein Vorhaben in Zweifel ziehen, wenn er von der Sparkasse über die Volksbank zu einer Privatbank ziehen würde und überall nur Absagen bekäme. Aber Sie haben sich über diesen gesunden Menschenverstand hinweggesetzt, zum Schaden unseres Landes. Über Banker haben Sie mit markigen Worten den Stab gebrochen, weil Sie sich des Applauses der Mehrheit sicher waren.

Noch vor wenigen Tagen haben Sie, Herr Ministerpräsident, beim Hambacher Disput davon gesprochen, dass Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit zusammengehören. Da stimme ich Ihnen zu. Ihre Kritik mag oft berechtigt gewesen sein. Aber haben Sie denn Ihre eigenen Maßstäbe beim Nürburgring auch selbst eingehalten? Haben Sie sich nicht mit Leuten umgeben, die die gleichen Methoden angewandt haben wie diejenigen, die Sie in der Bankenkrise zur Rechenschaft gezogen sehen möchten?

Ihre Landesregierung, Herr Ministerpräsident, wollte Wetten auf amerikanische Lebensversicherungen abschließen, Ihre Landesregierung hat Geld nach Liechtenstein und in die Schweiz transferiert, und im gleichen Atemzug schimpfen Sie auf den Finanzplatz Schweiz. Wissen Sie, Sie sind für uns nicht mehr glaubwürdig, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU)

Zugegeben, lange haben die Bürgerinnen und Bürger Ihnen, Herr Ministerpräsident, derart unseriöse Geschäftspraktiken gar nicht zugetraut. Ihre immer wiederkehrende Beteuerung, dass der Nürburgring den Steuerzahler keinen einzigen Cent kosten wird, das ist nicht die Wahrheit, wie wir wissen. Sie schaden mit Ihrem Verhalten und Festhalten an der Macht nicht nur sich selbst, sondern der ganzen politischen Klasse. Ihr Manöver untergräbt das letzte Vertrauen in die Politik. Und das wollen wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall der CDU)

Dieses Vorgehen unter Ihrer Führung, Herr Ministerpräsident, ist letztlich nichts anderes als das, was Sie Bankern und Finanzhain immer wieder vorwerfen. Warum sollte ausgerechnet Ihr Verhalten, Herr Ministerpräsident, ohne Konsequenzen bleiben, während andere Konsequenzen für ihr Verhalten ziehen müssen? Das müssen Sie uns noch erklären.

(Pörksen, SPD: Vor allem die Banker!)

Mir war immer deutlich, dass jeder Mensch vor dem Gesetz gleich ist, auch ein Ministerpräsident.

Sagen Sie uns: Welche Maßstäbe gelten eigentlich für Sie, Herr Ministerpräsident? Was müsste in Ihren Augen noch geschehen, dass Sie wegen eines Fehlverhaltens hier zurücktreten würden? Wie können Sie, wie können

die SPD und die GRÜNEN in Zukunft überhaupt noch Fehlverhalten anderer an dieser Stelle glaubwürdig kritisieren?

(Pörksen, SPD: Das werden Sie doch wissen! –  
Fuhr, SPD: Da brauchen Sie keine  
Angst zu haben!)

Noch einmal: Welche Maßstäbe haben Sie für sich angelegt? Was muss denn künftig noch passieren, damit es in Deutschland einen Grund für einen Rücktritt eines Politikers gibt?

Der damalige Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann ist wegen der sogenannten Briefbogenaffäre zurückgetreten. Lächerlich gegen das, was unter Ihrer Verantwortung passiert ist!

(Hering, SPD: Persönliche Bereicherung!)

Der damalige Innenminister Rudolf Seiters hat die politische Verantwortung übernommen, weil es bei dem Versuch einer Festnahme eines Mitglieds der RAF zu einem Schusswechsel mit tragischem Ende gekommen ist. Hier hat ein Minister die politische Gesamtverantwortung zu seinen eigenen Lasten extrem weit ausgelegt. Über Parteigrenzen hinweg wurde ihm für diese Entscheidung mit Respekt gedankt.

Die damalige Gesundheitsministerin Andrea Fischer trat im Zuge der BSE-Krise zurück, obwohl man ihr persönlich kaum Vorwürfe machen konnte; man konnte ihr auch keine Versäumnisse nachweisen.

(Frau Elsner, SPD: Die ist dann ausgetreten worden!)

„Der Spiegel“ titelte damals: „Andrea Fischer wirft hin – mit Stil“.

Der ehemalige Verteidigungsminister Scharping und der GRÜNEN-Politiker Özdemir traten im Zuge der „Hunzinger-Affäre“ zurück. Es ging um Anzüge, um Kredite.

Das sind alles Beispiele für Rücktritte, die einem Selbstverständnis in dieser Situation des Anstandes entspringen sind.

(Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich erinnere Sie an die von Ihnen selbst aufgestellten Maßstäbe an Herrn zu Guttenberg. Da waren Sie als selbsternannte moralische Instanz mit der Rücktrittsforderung ganz schnell bei der Hand.

Im Deutschlandfunk haben Sie erklärt – ich zitiere –: „Es geht ja nicht darum, dass ein Kavaliersdelikt begangen worden ist, sondern man muss vermuten, dass er bewusst betrogen hat. Und wenn das so ist, dann muss er selber wissen, was er zu tun hat.“

Herr Ministerpräsident, Herr zu Guttenberg hat für den Steuerzahler keinen Millionenschaden wie Sie angerichtet.

(Beifall der CDU –  
Zurufe von der SPD)

Anders als Sie hat er seine Fehler benannt.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Er hat gelogen!)

Anders als Sie hat er zu seinen Fehlern gestanden. Sie sagen selbst heute noch nicht einmal: Ich habe einen Fehler gemacht.

Herr Ministerpräsident, Ihr Sprachgebrauch sieht nur vor, „es“ wurden Fehler gemacht.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie, so wie es erdrückend danach aussieht, schon viel früher wussten, wie dramatisch es bei der Nürburgring GmbH aussah, dann haben auch Sie die Wählerinnen und Wähler betrogen.

(Beifall der CDU –  
Ramsauer, SPD: Das ist ungeheuerlich!)

Noch einmal Ihre Worte: „Und wenn das so ist, dann muss er selber wissen, was er zu tun hat.“ – Warum wissen Sie eigentlich nicht, was Sie zu tun haben; denn die Vorgänge am Nürburgring sind wahrlich kein Kavaliersdelikt?

Noch am Vorabend der zurückliegenden Sondersitzung des Landtags wollten Sie sich in einem SWR-Interview noch nicht einmal für die Fehler entschuldigen. Sie sagten, Sie stehen hier nicht an, sich zu entschuldigen. Erst als es nicht mehr anders ging, haben Sie dann eher gezwungenermaßen erklärt, die Vorkommnisse am Nürburgring täten Ihnen „mehr als nur leid“. Diese Entschuldigung kam mehr als nur sehr spät.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, diese Entschuldigung wäre vor der Wahl fällig gewesen, als Sie schon längst wussten, dass die Baumaßnahmen am Ring nur mit Steuergeldern zu bezahlen waren.

(Ramsauer, SPD: Das ist die Unwahrheit!  
Das wusste man nicht!)

Sie haben sich nur zu einer erzwungenen Entschuldigung durchringen können. Sie haben die Fehler zugegeben, als die Insolvenz feststand, als es wirklich gar nicht mehr anders ging. Das war eine erzwungene Entschuldigung, die meiner Meinung nach in keinem Verhältnis zu dem steht, was hier dramatisch vorgefallen ist.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie regieren seit 18 Jahren unser Land.

(Hering, SPD: Sehr erfolgreich!)

Über so viele Jahre Ministerpräsident eines Landes zu sein, ist eine Leistung, vor der ich durchaus Achtung habe. Sie haben in dieser Zeit auch Richtiges für unser Land getan.

Unter Ihrer Regierungsverantwortung wurde seinerzeit ein „Strukturministerium“ geschaffen. Es bündelte bundesweit erstmals die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau. Seit dem 18. Mai 2011 gibt es diesen Zuschnitt leider nicht mehr. Das Ministerium hat nicht mehr die Fähigkeit, als Strukturministerium zu wirken.

Auch im Bereich der Konversion haben Sie gemeinsam mit der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin Wichtiges angestoßen.

(Zurufe von der SPD)

Die Folgen der weltweiten Abrüstung hatten in Rheinland-Pfalz wie in kaum einem anderen Bundesland ihre Spuren hinterlassen.

(Ramsauer, SPD: Schauen Sie mal  
ins Geschichtsbuch!)

Im Bundesrat haben Sie auch Akzente gesetzt. Wir waren nicht immer inhaltlich mit dem einverstanden, was Sie dort vertreten haben. Sie haben aber unser Land mit einer wahrnehmbaren Stimme vertreten.

Es funktioniert aber nicht, diese Leistungen leichtfertig mit der Fehlleistung am Nürburgring gegenzurechnen. Eine Aufzählung dessen, was in Ihrer Regierungszeit gut gegangen ist, wiegt die Regierungskrise am Nürburgring nicht auf, und schon gar nicht der Umgang, den Sie damit gepflegt haben.

Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Lebensleistungen werden vom Ende her beurteilt. Beispielhaft hierfür steht Ihr früherer rheinland-pfälzischer Justizminister Dr. Bamberger. Dr. Bamberger war über lange Jahre eine hoch angesehene Richterpersonlichkeit und ein allseits geschätzter Gerichtspräsident.

Als was wird er aber in Rheinland-Pfalz in Erinnerung bleiben?

Als Justizminister,

– der einen Verfassungsbruch begangen hat, um einen geeigneten Bewerber aus parteitaktischem Kalkül für ein hohes Richteramt zu verhindern, und

– der dafür von zwei höchsten Bundesgerichten in die Schranken gewiesen wurde.

(Hering, SPD: Mit eurer Hetze!)

– Der Vorsitzende der SPD-Fraktion sagte, gerade wegen unserer angeblichen Hetze. Ich habe vor den höchsten Gerichten unseres Landes Achtung, dass sie sich weder von Hetze noch von anderen Dingen beeindruckt lassen.

(Beifall der CDU)

Ihr Justizminister wurde von zwei höchsten Bundesgerichten in die Schranken gewiesen. Er war am Ende

seiner Karriere einem Misstrauensvotum und dem Antrag auf Erhebung einer Ministeranklage ausgesetzt.

(Hering, SPD: Durch wen denn?)

Herr Ministerpräsident, was wird wohl aus Ihrer Amtszeit in Erinnerung bleiben?

(Pörksen, SPD: Also Sie nicht! –  
Zuruf von der CDU: Haben Sie  
keine anderen Sorgen?)

Die Konversion, der Bundesrat, das Strukturministerium oder die prägenden Ereignisse der vergangenen Monate und Jahre am Nürburgring, der viel zu lange verpasste Zeitpunkt für einen ehrenvollen Rücktritt oder Ihre hartnäckige Weigerung zu definieren, was für Sie Verantwortung heißt?

(Frau Klamm, SPD: Mir kommen die Tränen!)

Soll das die prägende Erinnerung an Ihre Amtszeit sein?

Herr Ministerpräsident, in Ihrer ersten Regierungserklärung am 27. Oktober 1994 haben Sie als Leitmotiv Ihres politischen Handelns formuliert, „nah bei den Menschen“ sein zu wollen. Sind Sie das noch, nah bei den Menschen?

Was bedeutet für Sie „nah bei den Menschen“ zu sein? Bedeutet es für Sie, auf Volksfesten zu sein? Natürlich muss man die Menschen kennen, mit ihnen reden und sich ihre Sorgen anhören. Aber bedeutet „nah bei den Menschen zu sein“ nicht tatsächlich viel mehr?

Ich erinnere Sie an das Cicero-Zitat: „Der Staat muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut werden, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.“

Das ist ein ganz entscheidender Unterschied, der Ihnen vielleicht verloren gegangen ist.

(Beifall der CDU)

Sie haben in Ihrer letzten Regierungserklärung – es war auch die letzte Regierungserklärung zum Antritt der Legislaturperiode – am 18. Mai 2011 Ihren Anspruch an sich selbst definiert – ich zitiere Sie –: „Gute Politik für unser Land entwickelt sich aus guten Ideen, aus guter Arbeit und aus einem gesunden, fair geführten Wettbewerb der politischen Konzepte. Zu fairem Wettbewerb und zu fairer Zusammenarbeit lade ich alle Mitglieder dieses Hohen Hauses ein. Diese Einladung richtet sich auch und besonders an die Kolleginnen und Kollegen der CDU.“

Herr Ministerpräsident, was ist von Ihrem Anspruch geblieben? Wir stehen vor der ersten Insolvenz einer Landesgesellschaft. Wir blicken in den haushaltspolitischen Abgrund. Wir machen uns Sorgen um die Grund-

lagen der Förderbank des Landes und damit um die Wirtschaftsförderung des Landes.

(Ramsauer, SPD: Sie haben sich immer  
allem verweigert! –  
Zurufe von der SPD)

Ist das ein Ergebnis guter Ideen und guter Zusammenarbeit? Wie definieren Sie Fairness, Achtung und Respekt vor der Opposition?

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihren selbst gesteckten Anspruch nicht einmal ansatzweise erfüllt. Sie haben mit Ihrer Regierung gnadenlos durchgedrückt, weggehört, keinen klaren Kurs eingeschlagen und sich bis zum heutigen Tag keiner wirklichen Verantwortung gestellt. Das waren alles leere Worte.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie sind damit an Ihrem eigenen Anspruch gescheitert. Sie haben die Menschen, die Sie gewählt haben, etwas anderes glauben lassen. Die Kraft hat bei Ihnen gerade noch bis zum Wahlabend gereicht. Sie hat gereicht, um gerade noch einmal ins Ziel, in Ihr Ziel zu kommen. Dieses persönliche Ziel ist mit den Landesinteressen nicht deckungsgleich.

Hier geht es um Glaubwürdigkeit und Anstand. Schauen wir nach Dortmund. Dort musste eine Wahlwiederholung stattfinden, weil vor der Wahl ein Haushaltsloch verschwiegen worden war. Die Wiederholungswahl hat eine weit über die Stadt hinausreichende Bedeutung für den, wie es das OVG Münster formulierte, „Stellenwert der Wahrheit in der Demokratie“.

Das Verheimlichen des Haushaltslochs in Dortmund sei ein – ich zitiere – „gesetzwidriger, die Entscheidung der Wähler möglicherweise beeinflussender Wahlfehler“. Es sei verfassungsrechtlich geboten, dass sich der Wähler über Ziele und Verhalten der Bewerber frei von Manipulationen und Desinformationen Kenntnis verschaffen könne.

Herr Ministerpräsident Beck, Ihnen war bereits vor der Wahl das Ausmaß des Nürburgring-Desasters bewusst.

Bereits einen Monat nach der Wahl zahlten die Pächter keine Pacht mehr, während die Verträge vor der Wahl so gestrickt waren, dass kurz vorher noch Geld fließen sollte. Jetzt von einem Erfolgsmodell zu sprechen, ist Desinformation.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich gehe zu Ihren Gunsten davon aus, dass Sie vielleicht zu Beginn des Projekts noch an sein Gelingen geglaubt haben, dass Sie vielleicht sogar noch den Beteuerungen Ihres früheren Finanzministers geglaubt haben, dass Sie vielleicht zwischendurch auch durch Ihr Amt als Bundesvorsitzender zu sehr in Anspruch genommen waren.

Herr Ministerpräsident, Sie haben im Plenum bereits im Juli 2009 nach dem Scheitern des ersten Finanzierungsanlaufs erklärt, Sie hätten früher die Reißleine

ziehen müssen. Das genau haben Sie 2009 aber nicht getan. Im Gegenteil. Dass Sie im Jahr 2009 die Reißleine nicht gezogen haben, das haben Sie sogar noch positiv verkauft, indem Sie behauptet haben, wir haben jetzt ein neues Betriebskonzept. Dieses neue Betriebskonzept trägt sich selbst. Der Steuerzahler muss keinen Cent dafür bezahlen, und dieses neue Betriebskonzept bringt 1.000 neue Arbeitsplätze. Es würden keine Belastungen für den Landeshaushalt entstehen. – Genau das Gegenteil ist herausgekommen. Tatsächlich haben Sie schon viel früher gewusst, der Sprit reicht eben nicht mehr lange aus.

Genau das ist es, was wir Ihnen anlasten. Es geht nicht primär um die Fehler, die gemacht wurden, sondern wie Sie mit diesen Fehlern umgegangen sind. Es geht um das „System Beck“, das diese Fehler möglich gemacht hat.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um dieses „System Beck“, das die Fehler vertuscht hat. Es geht um Ihren persönlichen Umgang, Herr Ministerpräsident Beck, mit Ihren persönlichen Fehlern. Ihr Umgang mit eigenen Fehlern ist eines Ministerpräsidenten nicht mehr würdig.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, dass Sie sich diesen Staat in einer langen Regierungszeit mit Ihrer Partei unter den Nagel gerissen haben,

(Zurufe von der SPD)

und der größere Teil des Parlaments hat sich dabei mitreißen lassen. Sie haben das gesunde Gespür für Aufbau und Aufgaben des Landes verloren.

Urteile sind bei Ihnen nur noch Rechtsmeinungen neben vielen anderen, unabhängige Gerichte bezeichnen Sie als nachgeordnete Behörden, die verfassungsrechtlich normierte Auskunftspflicht gegenüber dem Parlament legen Sie aus, wie es Ihnen passt, und der Wissenschaftliche Dienst muss Ihnen sagen, was unser Recht ist,

(Zurufe von der SPD: Was?)

wie unsere Staatsorgane zueinander stehen, wie man den Grundsatz der Gewaltenteilung mit Leben füllt, was richterliche Unabhängigkeit bedeutet, wo der Landesrechnungshof in unserem Staatsgefüge einzuordnen ist.

All das interessiert Sie doch nur noch am Rande, Herr Ministerpräsident, und auch nur dann, wenn es Ihrem Machterhalt nicht entgegensteht. Genau das ist das „System Beck“ in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Beispielhaft hierfür steht auch der Umgang mit der Opposition, die Verfassungsstatus hat.

Am 18. Juli hatten Sie zu einer Pressekonferenz geladen. Damals war die Insolvenz der Nürburgring GmbH der Anlass, die erste Insolvenz einer Landesgesellschaft in der Geschichte des Landes. Eine halbe Milliarde Euro Schulden für den Steuerzahler. Das war eine dramatische Lage.

20 Minuten vor dieser Pressekonferenz erhielt meine Fraktion ein Fax von Ihrem Innenminister. Er informierte uns darin nahezu zeitgleich mit der Öffentlichkeit über die drohende Insolvenz.

Die in dem Brief enthaltenen Informationen blieben sogar noch hinter den Informationen der Pressekonferenz zurück.

Ich hatte Ihnen deshalb am 19. Juli einen Brief geschrieben, Herr Ministerpräsident. Ich hatte um Transparenz gebeten. Bis heute hielten Sie es nicht für nötig, mit der Oppositionsführerin ein Gespräch zu führen. Sie anzurufen. In einer solch außergewöhnlichen Schieflage des Landes, für die unsere kommenden Generationen noch die Lasten tragen müssen, halten Sie es nicht für notwendig,

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

mit der Fraktion zu reden, die nur einen Sitz weniger als Sie in diesem Parlament hat.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie hielten es noch nicht einmal für notwendig, selbst auf den Brief von mir zu antworten. Es antwortete auch nicht Ihr Leiter der Staatskanzlei. Nein, die Vertreterin des Leiters der Staatskanzlei antwortete in kurzen Worten – ich zitiere –: Ihren Beitrag für eine transparente und frühzeitige Kommunikation habe die Landesregierung geleistet. –

Wir sind der Meinung, so kann man nicht mit dem Parlament umgehen; denn diese Vertraute ist Ihre Parteifreundin, die Sie von B 3 auf B 8 sprunghaft befördert haben, von 7.000 Euro auf 8.350 Euro. Diese unabhängige Vertraute soll jetzt Landtagsdirektorin werden und die Interessen des Parlaments gegenüber – – –

(Glocke des Präsidenten)

#### **Präsident Mertes:**

Ich bitte Sie, zur Sache zu reden.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

– Schreien Sie sich einmal ein bisschen aus. Dann können Sie vielleicht zuhören.

Es gehört nicht in diese Debatte hinein, welche Personalfragen wir im Parlament zu lösen haben.

(Dr. Weiland, CDU: Ungeheuerlich!)

Ich wusste es, dass es kommt.

**Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Ich rede zum „System Beck“, und jede – – –

(Unruhe bei der CDU)

**Präsident Mertes:**

Frau Kollegin, wenn Sie es wieder erwähnen, werde ich die Geschäftsordnung nutzen und Sie zur Ordnung rufen.

(Zurufe von der CDU)

**Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Ich rede zum „System Beck“. Besonders glaubwürdig ist das alles nicht.

Ich darf ein weiteres Beispiel nennen, eine weitere Facette Ihres Systems, Herr Ministerpräsident. Das haben wir in der vergangenen Woche gesehen.

Es gibt inzwischen eine weitere Anklage gegen einen Ihrer früheren Minister. Es geht um eine mögliche Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuss vor diesem Parlament, wo ich mir wünsche, dass derjenige, der dieses Parlament vertritt, ebenso uns vertritt.

(Pörksen, SPD: Jetzt seien Sie ganz vorsichtig!)

Herr Ministerpräsident, wenn sich das bewahrheitet, ist das nicht nur ein Problem für Herrn Deubel; denn dann wäre dokumentiert, dass das Parlament wissentlich belogen worden ist.

(Beifall der CDU)

Bemerkenswert ist übrigens, wie sich der SPD-Generalsekretär zum bevorstehenden Prozess gegen Herrn Deubel geäußert hat – Zitat –: „Es ist so, dass dieses Verfahren Privatpersonen und deren Verantwortung betrifft, und das hat jetzt erst einmal unmittelbar mit dem Agieren der Landespolitik noch nicht einmal etwas am Rande zu tun.“ Das ist sehr bemerkenswert. Professor Deubel ist nach der Logik Ihres Generalsekretärs der erste Landesminister, der sich für ein paar hundert Millionen Euro einen privaten Freizeitpark gebaut hat.

Hier ging es doch nicht um das Eigenheim des Professor Deubel aus Bad Kreuznach. Hier ging es um einen Freizeitpark, der Ihr Prestigeobjekt werden sollte.

(Beifall der CDU –  
Licht, CDU: So ist es!)

Im Übrigen, wie ist das Land überhaupt zu der Zusage gekommen, Herrn Deubel dem Grunde nach Rechtsschutz zu gewähren? – Voraussetzung hierfür ist nach der entsprechenden Landesvorschrift, dass das Strafverfahren wegen einer dienstlichen Verrichtung oder eines Verhaltens, das mit einer dienstlichen Tätigkeit im Zusammenhang steht, geführt wird.

Auch die Förderbank des Landes, eine 100 %ige Landestochter, gewährt zwei früheren Mitarbeitern Rechtsschutz, die Nürburgring GmbH drei ehemaligen Mitarbeitern.

Das Land gewährt also mittelbar oder unmittelbar über seine Töchter sechs Personen Rechtsschutz, und Ihr Generalsekretär sagt uns, es stünden nur Privatpersonen in eigenen Angelegenheiten vor Gericht. Das finde ich zumindest bemerkenswert.

(Bracht, CDU: Seltsam! Seltsam!)

Im Übrigen bin ich gespannt, ob Herr Deubel sich dafür entscheidet, vor Gericht auszusagen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben in diesen Tagen noch einmal verkündet und ihn verteidigt – ich zitiere –: „Ich habe ihn immer für einen anständigen Menschen gehalten, und ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln.“ Auch nicht, wenn er das Parlament belogen hat?

(Zurufe von der SPD)

Wir erfahren nahezu täglich Neues: teure Luxusreisen nach Zürich, angebliche Friseurbesuche und weitere Rechnungen.

Hätten Sie nicht viel früher von den Vorgängen wissen können und diese stoppen müssen, Herr Ministerpräsident, oder haben Sie tatsächlich sehr früh davon gewusst und bewusst nichts dagegen getan, weil es um Ihr großes Ziel ging?

(Zuruf der Abg. Frau Fink, SPD)

Aus dem Untersuchungsausschuss wissen wir, dass sich schon im Mai 2009 eine Vertrauensperson der rheinland-pfälzischen Polizei anbot. Sie kannte die Züricher Geschäftspartner der Nürburgring GmbH offenbar, und sie stufte diese Kontaktpersonen als zwielichtig ein.

Eigentlich muss man doch für solche Hinweise und für solch engagierte Polizisten dankbar sein.

Die Vertrauensperson bot ihr Wissen der rheinland-pfälzischen Polizei an, und Ihr damaliger Innenstaatssekretär und heutiger Innenminister verfügte aber, man möge es dabei belassen.

(Staatsminister Lewentz: Das ist doch Quatsch!)

Die Kriminalbeamten, die die Vertrauensperson gesprochen hatten, sagten vor dem Untersuchungsausschuss aus, sie hätten dies als Anweisung verstanden, nicht weiter tätig werden zu sollen.

Sie hatten so etwas noch nie zuvor erlebt. Das Wissen der Vertrauensperson wurde daher von den rheinland-pfälzischen Behörden nicht abgeschöpft. Damit wurde unserem Land Schaden zugefügt.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, auch hier zeigt sich, dass Sie über die Jahre ein System aufgebaut haben, das Fehler

vertuscht. Dass Sie zwar immer wieder Vertrauen einfordern, diesem Vertrauen aber selbst nicht gerecht werden. Dass Sie vorgeben, Menschen einzubeziehen, aber tatsächlich alle im Unklaren lassen – Parlament, Öffentlichkeit, Medien. So führt man keinen Staat!

Vertrauen verdient nur der, der dieses Vertrauen mit seinem Handeln einlöst. Alleine Fehler zu machen, rechtfertigt nicht den Entzug von Vertrauen. Wer aber die Vertuschung perfektioniert, hat in unseren Augen kein Vertrauen mehr verdient.

(Beifall der CDU)

Wir erwarten von Ihnen als Ministerpräsident Rechtschaffenheit. Wir erwarten den Großmut, Fehler zuzugeben und dazu zu stehen. Eine halbherzige Entschuldigung und die Ansage, dass das nächste Mal alles besser wird, rechtfertigt in unseren Augen kein Vertrauen mehr.

Herr Ministerpräsident, die CDU-Fraktion kann Ihnen nicht mehr das Vertrauen aussprechen.

(Unruhe bei der SPD)

Es gibt keine Anzeichen, dass Ihr Umgang mit den Dingen und mit uns besser wird. Im Gegenteil!

Vertrauen heißt, den Mut zu haben, sich auf etwas einzulassen; sich auf einen Weg einzulassen, den man nicht kennt. Das, was wir kennen, lässt uns aber nicht mehr gutgläubig sein.

Unsere Erfahrungen mit Ihnen prägen unsere Erwartungen in der Zukunft. Es gibt verschiedene Stufen des Vertrauens. Herr Ministerpräsident, wir haben Ihnen unsere Stimme nicht gegeben, als Sie Ministerpräsident wurden, weil wir es für das Richtige hielten, Sie nicht zu wählen. Das ist auch nicht überraschend.

Wir hatten aber doch ein Grundvertrauen,

(Heiterkeit bei der SPD –  
Hering, SPD: Das ist im Wahlkampf sehr  
deutlich geworden!)

dass wir in schweren Situationen für unser Land zusammenstehen und uns auch aufeinander verlassen können. Herr Ministerpräsident, auch dieses Vertrauen haben Sie inzwischen missbraucht.

(Beifall der CDU)

Meine Frage geht deshalb in die Reihen der Kolleginnen und Kollegen von SPD und den GRÜNEN. Sie werden sich in zwei Tagen selbst die Frage stellen müssen: Können Sie dem Ministerpräsidenten nach all den Vorgängen und nach all dem, was Sie wissen, überhaupt noch blind vertrauen und ihm einen Blankoscheck ausstellen?

(Pörksen, SPD: Die habe ich heute  
schon beantwortet! –  
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht heute und am Donnerstag bei der Abstimmung um unser eigenes Selbstverständnis und um Ihr eigenes Selbstverständnis als Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Fuhr, SPD: Ihre Ratschläge brauchen wir nicht!)

Der Ministerpräsident selbst hat den Zeitpunkt für einen würdigen Abgang schon längst verpasst.

(Beifall der CDU)

Es geht heute um die Parlamentarier, die in zwei Tagen die Hand heben müssen. Ich kann Ihnen sagen: Die Geschichte wird uns alle und nicht nur die situative Parlamentsmehrheit vom Donnerstag beurteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich kann verstehen, dass Sie sich vielleicht in einer Zwickmühle fühlen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie tragen nun seit über 20 Jahren Regierungsverantwortung in diesem Land.

(Bracht, CDU: Schlimm genug!)

Viele von Ihnen sind etwas geworden in der SPD; viele sind etwas geworden durch die SPD. Wir kommen alle aus Parteien und wissen, dass Parteien ihre eigenen Regeln haben.

(Pörksen, SPD: Günstlingswirtschaft ist woanders!)

Klar geht es um Mehrheiten. Auch das ist ein Kernstück der Demokratie.

Es darf aber nicht wegen einer ungeklärten Führungsfrage in einer Partei zur Handlungsunfähigkeit im Parlament kommen.

(Beifall der CDU –  
Unruhe bei der SPD)

Alein schon weil die Nachfolgefrage in der SPD nicht geklärt ist, glauben Sie, den Ministerpräsidenten im Amt noch stützen zu müssen.

(Unruhe bei der SPD –  
Pörksen, SPD: Das hat ganz andere Ursachen!)

Kritische Stimmen sind bei Ihnen, wie man mitbekommt, nicht erlaubt. Reflexartig wird alles, was die Regierung sagt und macht, von Ihnen blind verteidigt. Wie kann es sein, dass zur gleichen Zeit alle das Gleiche denken und sagen? So etwas macht mir persönlich Angst.

(Unruhe bei der SPD)

Das ist kein Zeichen von Stärke, sondern das ist ein Zeichen von Schwäche und fehlendem Mut. Wenn Regierung und Fraktion immer in allen Fragen einer Meinung sind, fehlt das Korrektiv, fehlt die Kontrollfunktion, fehlt die Unabhängigkeit.

Man kann viel über die christlich-liberale Koalition in Berlin sagen, über die verschiedenen Stimmen, über die Abweichler.

(Heiterkeit bei der SPD)

Natürlich sind eigene Köpfe und Abweichler in einer Fraktion unbequem.

(Pörksen, SPD: Was ist denn der Trend?)

Bei Abweichlern gibt es zusätzlichen Abstimmungsbedarf, und es gibt Häme des politischen Gegners, aber genau das ist doch das Wesen der Demokratie und einer offenen Gesellschaft. Regierungen, die wissen, dass ihre eigenen Fraktionen nicht automatisch alles abnicken, gehen vorsichtiger und bedachter vor. Genau das ist für unser Land und die Bürgerinnen und Bürger dienlich.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Diskussionen bringen einen Staat, eine Regierung doch nicht ins Wanken. Diskurs bringt neue, wichtige Facetten zutage.

(Ramsauer, SPD: Aber Ihre nicht!)

Das ist das Prinzip der offenen Gesellschaft. So mancher Diskurs in Ihren Reihen hätte zu einem Hinterfragen der Alleingänge von Herrn Beck und Herrn Professor Deubel führen müssen. Stattdessen haben Sie alles mit Mehrheiten abgenickt und die Nachfragen und das Nachhaken der Opposition behindert. Die SPD-Fraktion hat sich so verhalten, als sei jeder von Ihnen selbst Regierungsmitglied und nicht Parlamentarier. Das ist ein erheblicher Unterschied. Wer sich nicht als kritischer Parlamentarier begreift, wird zu sehr pflegeleicht für die Regierung.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das ist immer eine Gefahr in einer Demokratie.

(Beifall der CDU)

Wer pflegeleicht für die Regierung ist, glaubt auch alles. Der hat sein gesundes Misstrauen gegen lähmenden Gehorsam eingetauscht. Der schadet dem Parlamentarismus, und der schadet auch unserem Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, Sie haben nur einen Sitz mehr als die CDU-Fraktion. Das ist der Wählerwille. Die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN haben über 20 Sitze weniger als die CDU-Fraktion. Das ist auch der Wählerwille.

Wir alle sind mit einem Auftrag – ob Opposition oder Regierungsfraktion – ins Parlament gewählt worden. Wir haben das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler bekommen. Wir sind mit treuhänderischen Möglichkeiten ausgestattet worden. Hieraus folgt auch Verantwortlichkeit.

Unser parlamentarisches Regierungssystem ist dadurch gekennzeichnet, dass die Regierung in ihrer Entstehung und in ihrem Bestand, in ihrer Amtsdauer, in ihrer Amtsführung und in ihrer demokratischen Legitimation vom Landtag, dem Parlament, abhängig ist und nicht umgekehrt. Sie verhalten sich so, als sei Ihr Sitzen hier von dieser Regierung abhängig. Es ist umgekehrt. Das ist wichtig für den Parlamentarismus in diesem Land.

(Beifall der CDU)

Parlamentarische Kontrolle ist unsere Hauptaufgabe. Parlamentarische Kontrolle ist Aufgabe des gesamten Parlaments. Sie ist nicht nur Sache der Opposition, sondern sie obliegt auch der Mehrheit im Parlament.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, wann aber haben Sie nachweislich die Regierung kontrolliert und mit unangenehmen, aber angebrachten Fragen konfrontiert? Stattdessen beschimpfen Sie uns als Opposition, die Ihre Aufgabe mitmachen muss.

(Beifall der CDU –  
Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, nehmen Sie Ihre Verantwortung überhaupt noch wahr? Werden Sie Ihren vor der Wahl gesetzten eigenen Ansprüchen gerecht?

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja! –  
Pörksen, SPD: Das entscheiden Sie?)

Was bedeutet für Sie denn Nachhaltigkeit in der Frage der Glaubwürdigkeit? Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik des Herrn Ministerpräsidenten?

Wie schnell hat Ihre frühere Spitzenkandidatin und heutige Ministerin Lemke ihre Position gewechselt und Sie als Parlamentarier damit ebenso in einen Haltungswechsel gezwungen? Warum lassen Sie sich das überhaupt gefallen? Nur um an der Macht zu bleiben?

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir liegt eine E-Mail von Frau Ministerin Lemke im Zusammenhang mit dem Nürburgring an eine Bürgerin vor. Dated auf den 8. Dezember 2010 heißt es dort: „Liebe Frau“ – X, – „ich habe gerade (...) telefoniert und ihm deutlich gemacht, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Beschwerdewelle beim EU-Kommissar ganz gut wäre. Schreiben Sie Briefe – zuhauf! Organisieren Sie einen mittleren Aufstand (...). Der Druck entsteht durch die Masse an Zuschriften. Gruß, Eveline Lemke.“

(Baldauf, CDU: Hört, hört!)

Frau Lemke, Sie sind jetzt für die EU-Beihilfen zuständig. Sie haben das Ganze ins Rollen gebracht, beschimpfen aber die EU, die das aufnimmt, was Sie ins Rollen gebracht haben, auf einer Pressekonferenz.

(Beifall der CDU)

Frau Lemke, aufschlussreich sind auch Ihre Kontakte aus den Jahren 2009 und 2010 zu einem weiteren Bürger.

(Pörksen, SPD: Aufschlussreich sind die Kontakte der CDU-Fraktion in Berlin!)

Dem haben Sie damals Folgendes geschrieben: „Wie wäre es, wollen Sie nicht heute mal wieder eine Anzeige gegen Herrn Richter und Herrn Nuss-Kaltenborn und gegen Herrn Lippelt wg. Insolvenzverschleppung bei der CST loslassen????“

Um diesen Bürger im weiteren Verlauf bei der Stange zu halten, haben Sie diesem Bürger dann weiter geschrieben – Zitat –: „Herr Dr. Hund [damals Leiter der für den Nürburgringkomplex zuständigen Staatsanwaltschaft Koblenz] hat sich über Sie auch fürchterlich aufgeregt. (...) Aus meiner Sicht geht es nur gemeinsam und wir brauchen immer mehr Akteure... Gruß, Eveline Lemke“

Als der Bürger nachfragte, worüber sich der Leiter der Staatsanwaltschaft Koblenz Ihnen gegenüber aufgeregt habe, haben Sie noch einmal nachgelegt – Zitat –: „Der Hund hat sich bei mir aufgeregt. Betrachten Sie es als Ehre! Gruß Eveline Lemke“

Frau Lemke, mir liegt eine eidesstattliche Versicherung dieses Bürgers vor. Darin hat er auch mit Ihnen geführte Telefonate beschrieben. Ich darf zitieren: „Beim 2. Telefonat sprachen wir darüber – und waren uns auch einig –, dass das gesamte Verhalten der verantwortlichen Personen aus der Landesregierung bezüglich der schon Jahre anhaltenden skrupellosen Verschwendung von Steuergeldern so nicht weiter hinnehmbar sei, und diese so Frau Lemke, nichts in einer Landesregierung zu suchen hätten.“

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Zu dem Umstand, dass Deubel und Kühl alles gewusst und nichts verhindert haben (...), sagte Frau Lemke: „Deubel und Kühl gehören vor den Kadi“.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Zu meiner Äußerung, dass Beck für mich die Hauptverantwortung trage, sagte sie: „Der dicke Kurt muss weg“.

(Heiterkeit bei der CDU)

Frau Lemke meinte weiterhin, dass Beck die Alleinherrschaft wohl zu Kopf gestiegen sei und sie und die Grünen bei gutem Wahlausgang 2011 bei den Herrschaften „einmal aufräumen und für klar Schiff sorgen wollten“.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Darauf, dass Sie „aufräumen“ und „für klar Schiff sorgen“, warten wir bis heute, Frau Ministerin Lemke.

(Beifall der CDU)

Stattdessen beschimpfen Sie die EU-Kommission und die CDU gleich mit, die genau das tut, was Sie vorher

gefordert haben. Bei so viel Flexibilität der GRÜNEN reibt man sich Augen und Ohren.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Am 22. August lesen wir von Frau Ministerin Lemke im „Kölner Stadtanzeiger“, dass sie voll und ganz hinter dem Ministerpräsidenten stehe und es keinen steigenden Druck bei der Nürburgringaffäre gebe.

Sie haben gesagt, der Herr Ministerpräsident habe sich keine Fehler vorzuwerfen. In dieser Pressekonferenz – Sie erinnern sich noch an die Pressekonferenz, als es um die Nürburgring GmbH Insolvenz ging? – haben Sie meiner Meinung nach unserem Land geschadet.

(Bracht, CDU: So ist es!)

Der Pressespiegel der EU-Kommission zu Ihrem Auftritt in Mainz umfasste rund acht Seiten. In Brüssel hat man die Beschimpfungen und die Verantwortungsweitergabe sehr wohl zur Kenntnis genommen – Verantwortungsweitergabe aus eigenem Machterhalt. Sie haben damit die Chancen für unser Land, für den Steuerzahler und für den Nürburgring aufs Spiel gesetzt. Auch das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall der CDU –  
Frau Schmitt, SPD: Ach Gott!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, sind Sie der Auffassung, dass die massive Kritik Ihrer Spitzenkandidatin vor der Wahl, durch die Sie Stimmen von den Wählerinnen und Wählern bekommen haben, noch in Relation zu den Äußerungen als Ministerin nach der Wahl steht? Bei dieser Wendung muss man schon sehr flexibel sein.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

– Es seien zwei Welten, wie mir gerade Herr Wiechmann sagte.

Ich finde es sehr schade, dass man sich, wenn man im Wahlkampf ist, angeblich in einer anderen Welt befindet als dann, wenn man Minister ist. Für uns ist das ein und dieselbe Welt, weil man ehrlich, transparent und nachhaltig sein muss.

(Beifall der CDU –  
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Es geht ums Handeln! –  
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffman, SPD)

Frau Ministerin, zugegeben, Sie haben es leichter als die Fraktion der GRÜNEN. Sie haben es am Donnerstag in der Tat leichter. Sie haben kein Mandat. Sie müssen übermorgen nicht abstimmen. Sie werden nicht namentlich dokumentiert. Das wird nur Ihre Fraktion treffen.

Die Dokumentation der Abstimmung wird nicht nur für übermorgen gelten, die gilt für die Zukunft bei allem, was vielleicht noch passieren wird. Das wird dann spätestens

ab übermorgen auch dokumentiert sein, ob Sie einen Blankoscheck gegeben haben oder nicht;

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

denn Sie werden zu Protokoll geben müssen, ob Sie das „System Beck“ guten Gewissens länger mittragen können oder nicht. Gutgläubig können Sie jetzt nicht mehr sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wie nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr? Sie werfen uns vor, dass wir uns Zeit gelassen hätten, einen Misstrauensantrag einzubringen.

(Zurufe von der SPD)

Dabei klammern Sie aber aus, dass wir dem Ministerpräsidenten eine ernst gemeinte Frist zum Rücktritt bis zum nächsten Plenum gesetzt hatten. Müssen wir dann diese Frist nicht gewähren? Jetzt, wo wir den Misstrauensantrag eingebracht haben, sprechen Sie von einem „Showantrag“.

(Zurufe von der CDU)

Dann ist für Sie die Verfassung auch Show; denn die Verfassung sieht explizit den Weg eines Misstrauensantrags für das Parlament vor.

(Beifall der CDU –  
Pörksen, SPD: Wer bestreitet das denn?)

Viele erinnern sich noch sehr gut an Ihre inszenierte Show, als Sie stehend den Verfassungsbruch von Minister Bamberger beklatscht haben.

(Frau Schneider, CDU: Ja!)

Manchmal ist es gewiss zumindest einigen heimlich peinlich im Nachhinein.

Wir können uns auch schon Ihre Show vorstellen, wie Sie von den Sitzen aufspringen und den Ministerpräsidenten übermorgen beklatschen werden, wenn Sie trotz besserem Wissen ihm das Vertrauen aussprechen.

(Pörksen, SPD: Sind Sie Hellseher?)

Wenn die GRÜNEN in diese Show einsteigen werden, dann ist auch das für die Wähler dokumentiert. Jeder ist für die Zeichen selbst verantwortlich, die er setzt.

(Beifall der CDU –  
Pörksen, SPD: Genau! –  
Zuruf von der SPD: Wohl wahr!)

Natürlich ist es unangenehm – da verstehe ich auch die Kollegen der GRÜNEN –, aber Demokratie lebt von Haltung. Nur weil wir von Ihnen Haltung einfordern, ist das keine Show. Dass Sie das so sehen, das sagt auch einiges über Sie aus, die letztlich sehr showerfahren

Spielgeld vor dem Landtag verbrannt und mit Bobby-Cars ein Nürburgringrennen nachgestellt hatten.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das fällt jetzt auf Sie zurück! Die Unterstellungen fallen jetzt auf Sie zurück!)

Das ist für mich Show. Aber die Verfassung anzuwenden, das ist für mich keine Show.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ein Beispiel habe ich noch. Es macht mir Sorge, wie stark Sie inzwischen Ihre parlamentarischen Kontrollrechte abgegeben haben. Das geht bis in den Bereich des Landeshaushaltsrechts hinein.

(Pörksen, SPD: Sie reden dauernd von Anstand!)

Das geht bis in die Auflösung der sogenannten Rücklage. Sie erinnern sich an unsere Ausschusssitzung der drei Ausschüsse vor der Sondersitzung? Da ging es um die Auflösung der sogenannten Rücklage.

Wir hatten ein Rechtsgutachten eingeholt, das eine Rechtsmeinung darstellt. Sie haben gar keines eingeholt. Sie haben sich auf die Rechtsmeinung der Regierung verlassen. Sie haben aber Kontrollfunktion. Dass die Regierung sich eine Rechtsmeinung einholt und dann selbst so handelt wie sie will, ist das eine, dass aber die Koalitionsfraktionen sich selbst keine Meinung bilden und der Minister der Finanzen uns zusagte, wir bekämen das Gutachten, sobald es in Gänze vorliege nach der Abstimmung, da waren wir doch etwas erstaunt, dass just einen Tag nach der Abstimmung schon das ganze Gutachten vorlag.

Wenn wir wirklich Parlamentarier sind, die es ernst meinen, hätten Sie dann nicht eine Woche Zeit gehabt und sagen müssen, wir wollten, wie beim Antrag zum Landesrechnungshof, uns eine fundierte Rechtsmeinung einholen, wenn es um 254 Millionen Euro geht? Das ist kein Pappenstiel, das ist Geld der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall der CDU –  
Hering, SPD: Dann hätten Sie es nicht vorher der Presse gegeben, wenn Sie es ernst gemeint hätten! Das ist Scheinheiligkeit!)

Wie gesagt, ich empfinde das als Missachtung des Parlaments. Hätten Sie auch so gehandelt, wenn das Ihr eigenes Geld gewesen wäre? Hätten Sie das auch so locker freigegeben, oder kann man mit anderer Leute Geld ganz schnell, um den eigenen Machterhalt zu sichern, das machen, was die Regierung von einem will?

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel liegt uns vor. Sie erinnern sich, als der Kollege Wansch von der SPD-Fraktion in einer Debatte zu uns sagte: Das war doch alles schon im Untersuchungsausschuss Gegenstand und lag vor. – Ange-

sichts von rund 3.500 Aktenordnern, die der Untersuchungsausschuss zu sichten hatte, lässt sich das immer gut behaupten.

(Pörksen, SPD: Das waren noch viel mehr!)

Es lässt sich auch kaum mehr nachprüfen, aber dass der Kollege Wansch aus der SPD-Fraktion das in der Sitzung am 16. August in öffentlicher Sitzung behauptet hat, obwohl er selbst nicht Mitglied des Untersuchungsausschusses war, – – –

(Pörksen, SPD: Waren Sie das denn?)

– Ich behaupte so etwas auch nicht.

(Heiterkeit bei der SPD –  
Pörksen, SPD: Die Maßstäbe haben wir gern!)

Aber wer so etwas behauptet, der muss dann auch erklären, wie er Unterlagen des Untersuchungsausschusses, die ihm nicht zugänglich waren, plötzlich bewerten kann, oder ob er nur die Bewertung der Landesregierung annimmt. Aber dann wird er als Parlamentarier seiner Aufgabe nicht gerecht.

(Beifall der CDU)

Ich komme zu einem weiteren Beispiel. Meine Fraktion hat im Juli einen Antrag eingebracht, der darauf zielte, das sogenannte Zukunftskonzept für den Nürburgring durch den Landesrechnungshof überprüfen zu lassen. Der Antrag lag fristgerecht vor. Die Koalitionsfraktionen wollten nicht entscheiden, sondern es etwas schieben. Es wurde geschoben, es wurde in den Ausschuss geschoben, obwohl man hätte entscheiden können.

Natürlich ist es verständlich, dass der Fraktionsvorsitzende, der damals dieses sogenannte Zukunftskonzept vorgelegt hatte, sich selbst so schnell nicht überprüfen lassen wollte, solange er anscheinend nicht noch einmal hineingeschaut hatte, was denn überprüft werden soll.

Das Spannende ist natürlich, einmal zu schauen, was uns von der SPD-Fraktion übersandt wird.

Kurz vor der Ausschusssitzung hat die SPD-Fraktion uns dann per E-Mail einen Entwurf für einen gemeinsamen Antrag zur Beauftragung des Landesrechnungshofs geschickt. Das war eine Word-Datei.

Nun bieten die modernen Computersysteme eine Menge Möglichkeiten. Unter anderem kann man hierüber feststellen, wer die Datei angelegt oder abgespeichert hat. Hierfür muss man nur einmal in die Dateieigenschaften hineinschauen. Man sieht bei den Dateieigenschaften, wer diesen Antragsentwurf zur Rechnungshofprüfung angelegt hat. Wenn man hineinschaut, sieht man Folgendes – vielleicht wissen Sie es schon –: Es war ein Mitarbeiter der Landesregierung.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Köbler sagt zu Recht, unterste Schublade. Darin stimme ich ihm zu. Es war ein Mitarbeiter der Landesregierung, der im Finanzministerium sitzt. Dieser Mitarbei-

ter, den ich namentlich nicht nennen möchte, war im Rahmen der Verhandlungen für das sogenannte Zukunftskonzept mit diesem Thema damals befasst. Er hat also die Datei für den Rechnungshofantrag erstellt, der nun überprüft werden soll.

(Beifall der CDU –  
Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dem haben Sie doch auch zugestimmt! Die CDU stand doch auch hinter dem Antrag! –  
Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich muss sagen, es macht einen schon sehr stutzig. Es ist kein Geheimnis, dass die regierungstragende Fraktion auf den Sachverstand der Landesregierung zurückgreifen kann. Aber dass Sie schon derartig zusammenarbeiten, das ist bemerkenswert, und deshalb ist es uns wichtig, deutlich zu machen, dass Gewaltenteilung im Land nicht nur ein Wort sein darf, sondern gefüllt werden muss mit Handeln, Denken und auch Agieren.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden abstimmen. Von der SPD hat man selten Kritik gehört. Wenn eine Verkäuferin mit einem Zeitvertrag sich nicht gegen ihren Chef auflehnt, wenn er das Verfallsdatum oder Ähnliches umetikettiert, dann kann ich das verstehen, da das Verhältnis nicht auf Augenhöhe ist. Sie aber als frei gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier besitzen den Schutz der Indemnität und der Immunität. Sie sind Ihrem Gewissen unterworfen und nicht einer Regierungsdisziplin.

(Frau Ebli, SPD: Sie auch! –  
Zuruf von der SPD: Sie haben kein Gewissen!)

Sie sind mit Verantwortung in dieses Amt gekommen. Wenn wir auf dem Weg hierher, auf der Terrasse oder vor dem Plenarsaal in Gesprächen waren, haben wir in den vergangenen Monaten auf die Frage, weshalb Sie dies eigentlich alles kritiklos übernommen haben, häufiger den Satz gehört: Das haben die uns so gesagt.

(Zurufe von der SPD: Wer, wann, wo?)

Das Werbemotto der Landesregierung heißt: Wir machen's einfach, und – wenn es schiefgegangen ist –: Wir machen's einfach weiter. Die Regierungsfaktionen machen es einfach mit.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Von der Struktur her ist das doch nichts Neues, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denken Sie doch bitte an die Entscheidung um den OLG-Präsidenten. Da haben „die“ Ihnen doch auch immer wieder gesagt, die Rechtslage ist eindeutig. – Die Rechtslage war eindeutig, aber ganz anders, als es die Regierung gesagt hatte.

(Beifall der CDU)

Werden Sie mündige Parlamentarier! Demokratische Parteien und Fraktionen, die nicht zur Aufklärung und

Aufarbeitung der Katastrophe am Nürburgring beitragen, verfehlen ganz klar ihren Auftrag; denn das Desaster am Ring ist auch ein Desaster im Umgang der Regierung mit dem Parlament. Das Schweigen in der eigenen Sache durch eine lautstarke Beschimpfung der Opposition zu übertönen, ist nicht das, was die Öffentlichkeit hier und heute erwartet, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

Wer sonst keine Gelegenheit auslässt, Bürgerbeteiligung wie eine Monstranz vor sich herzutragen, der sollte die Bürger auch jetzt an der Aufarbeitung des Geschehenen durch Partei und Fraktion teilhaben lassen. Die Öffentlichkeit möchte wissen, was die Regierungsfractionen von den Fehlleistungen des Ministers, des Ministerpräsidenten und ihrer Mitarbeiter halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Fraktionsvorsitzenden haben bereits angekündigt, dass sie in zwei Tagen einstimmig abstimmen werden. Sie möchten sich nicht einmal enthalten; auch das wäre schließlich eine Möglichkeit. Wir werden davon nicht überrascht sein, dass Sie sich an die Fraktionsdisziplin halten. Sie haben schließlich schon eine Probeabstimmung gemacht.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Was?)

Sie werden erleichtert sein, Sie werden aufstehen, Sie werden applaudieren. Sie werden dem Ministerpräsidenten gratulieren. – Showgeübt, das sind Sie ja,

(Ramsauer, SPD: Schon wieder eine Behauptung!  
Schon wieder die Unwahrheit!)

wie damals bei Herrn Dr. Bamberger. Damals gratulierten Sie, und das ist der Bevölkerung noch ganz gut in Erinnerung. Mehrheiten haben schon immer ihre Paraden inszeniert. Aber all das wird auch für die Geschichte dokumentiert werden.

Für mich steht in jedem Fall eines fest: Sollte unser Misstrauensvotum in zwei Tagen nicht die Mehrheit erhalten, wird es nicht die CDU-Fraktion sein, die gescheitert ist, tatsächlich werden Sie es sein. Wir werden deshalb in diesem Falle natürlich erhobenen Hauptes aus dem Saal gehen;

(Zuruf von der SPD: Treten Sie dann zurück?)

denn Mehrheit bedeutet nicht immer Wahrheit, und Wahrheit bedeutet nicht immer Mehrheit.

(Ramsauer, SPD: Ist das jetzt für die Kritiker in den eigenen Reihen?)

Deshalb möchte ich noch einmal ernst gemeint an Sie appellieren, sich auf Ihr Gewissen zu besinnen. Sie haben jetzt noch zwei Tage Zeit, über alles nachzudenken.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie nicht,  
Frau Klöckner! Sie garantiert nicht!)

Wir tragen alle Verantwortung, jede und jeder einzelne Abgeordnete. In den Wahlkreisen wird man Sie ganz genau beobachten, ob Sie die Interessen der Bürger oder des Ministerpräsidenten vertreten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie alle gehen übermorgen nicht mehr gutgläubig in die Abstimmung, und Sie wissen, es gibt bei dieser Abstimmung zwei Erwartungshorizonte: einen im Landtag – zugegebenermaßen – und einen in der Bevölkerung. Beide beruhen auf verschiedenen Kenntnisständen. Wollen Sie dem Ministerpräsidenten übermorgen den Blankoscheck geben? – Dann sind auch Sie verantwortlich für das, was noch kommen wird.

Liebe Kollegen der SPD, Sie haben Herrn Justizminister Bamberger damals gestützt durch Ihren Applaus. Sie haben sich in diesem Haus an der Macht berauscht und an dem Sog der Mehrheit, nicht an der Wahrheit. Sie sind damit selbst in die Geschichte eingegangen.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es damals keine Zwischenstimmen bei Ihnen gegeben hat, und ich kann mir nicht vorstellen, dass es auch heute keine Zwischenstimmen bei Ihnen in den Fraktionen gibt.

Vor einigen Tagen hat der ehemalige Innenminister Bruch im SWR ein sehr ehrliches Interview zum Nürburgring gegeben. Er hat von seinen Zweifeln an der privaten Nürburgringfinanzierung berichtet. Ein Satz ist mir dabei in ganz besonderer Erinnerung geblieben, den ich nun zitieren möchte:

„Was ich mir vorwerfe, ist, dass ich meinen Freund Ingolf Deubel (...) nicht brutal abgehalten habe.“

Können Sie die Ehrlichkeit, die Zwischenstimmen erst nach dem Rückzug aus der Politik zulassen? Wir eröffnen Ihnen übermorgen eine Situation, in der Sie Ihre Zweifel deutlich machen können. Wer aber übermorgen unseren Antrag ablehnt, der muss wissen, dass sein Verhalten auch beurteilt werden wird vor dem Hintergrund, was noch alles rund um den Nürburgring zutage treten wird.

(Beifall der CDU –  
Ramsauer, SPD: Sie kommen mir vor wie  
das Jüngste Gericht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Misstrauensantrag ist eine ernste Sache. Die Vorkommnisse am Nürburgring sind eine dramatische Angelegenheit. Deshalb ist ein Misstrauensantrag mehr als gerechtfertigt. Die Landtagsfraktion der CDU hat nach allem, was vorgefallen ist, nach den vielen Aussagen des Ministerpräsidenten, die sich nachweislich nicht bewahrheitet haben, nach den Erfahrungen des arroganten Umgangs mit der Opposition und mit dem Parlament, kein Vertrauen mehr in Ministerpräsident Kurt Beck.

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltend starker Beifall der CDU)

**Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren, wir haben heute eine große Anzahl von Gästen als einzelne Personen, die ich nicht alle namentlich vorlesen kann. Deshalb begrüße ich Sie pauschal alle ganz herzlich im Landtag. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Hering das Wort.

**Abg. Hering, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir vertrauen Kurt Beck.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir kennen Kurt Beck seit 1994 als den Ministerpräsidenten unseres Bundeslandes, dessen Antrieb es jeden Tag aufs Neue ist, die Lebenssituation der Menschen in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Besonders im Blick hat er dabei die kleinen Leute.

Er lebt das „Nah bei den Menschen“ wie kein anderer und stellt sich stets die gleichen Fragen: Wie können wir die Lebensqualität der Menschen in unserem Land verbessern? Wie schaffen wir es, dass wir unsere überwiegend ländliche Struktur erhalten und die regionalen Besonderheiten im Positiven nutzen? Wie bleiben wir in Rheinland-Pfalz das Erfolgs- und Vorzeigeland, das wir sind?

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz hatten vor gerade einmal 17 Monaten das Wort. Sie haben für eine Fortsetzung der Regierungstätigkeit von Kurt Beck votiert,

(Licht, CDU: 10 % minus!)

zu Recht und zum Glück für unser Land, wenn ich mir die trostlose CDU-Alternative anschau.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Pörksen, SPD: Heute wieder bewiesen!)

Heute erleben wir das dritte Mal in der Geschichte unseres Landes und nicht zum ersten Mal, wie Sie Frau Klöckner fälschlicherweise an dieser Stelle behauptet haben,

(Frau Huth-Haage, CDU: Das hat sie nicht gesagt!)

ein Misstrauensvotum der Opposition gegen den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz. Wenn Sie dann Ihre Entscheidung mit etwas begründen, was Sie am 1. August gar nicht wussten, dann zeugt das von der Redlichkeit Ihrer Argumentation.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, dass es für den Antrag keine Mehrheit gibt. Sie wissen, dass er unangemessen ist, weil Sie damit die politische Lebensleistung eines Menschen auf ein Projekt reduzieren.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU: Oje!)

Damit stellen Sie sich selbst ein schlechtes Zeugnis aus. Auch viele CDU-Mitglieder sehen es kritisch, dass dieser Antrag gestellt wurde.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber warum stellen Sie diesen Antrag trotzdem? –

(Baldauf, CDU: Das ist sozialdemokratische Denkweise!)

Sie haben im Vorfeld der Debatte mitgeteilt, dass der Weg das Ziel ist. Meinen Sie damit, jedes Mittel ist für Ihr Ziel gerechtfertigt, in die Staatskanzlei zu kommen?

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Herr Bracht, da braucht man nicht zu grinsen. Selbst renommierte Politikwissenschaftler unterstellen Ihnen – nicht wir, sondern Politikwissenschaftler –, dass dieser Antrag für Ihre Kandidatur zum Bundesvorstand der CDU benutzt wurde und deswegen an dieser Stelle kommt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU: Oje! –  
Bracht, CDU: Hochpeinlich!)

Politik besteht bei Ihnen im Wesentlichen aus Inszenierung statt aus inhaltlicher Auseinandersetzung.

(Licht, CDU: Jetzt fehlt nur noch, dass Sie deswegen die Insolvenz angemeldet haben!)

Sie legen eben den Showeffekt als Schwerpunkt von Politik an, statt inhaltliche Auseinandersetzung, weil Ihnen dazu schlicht und ergreifend die Substanz fehlt, inhaltliche Debatten im Detail zu bestehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Baldauf, CDU: Wer hat denn das Nürburgring-Konzept gemacht?)

Weil dies so ist, nehmen Sie nicht nur in Kauf, nein, es ist Ihre Absicht, Frau Klöckner, die politische Lebensleistung eines Mannes infrage zu stellen,

(Dr. Weiland, CDU: Oje, oje!)

der in beispielloser Weise und erfolgreich Verantwortung für Rheinland-Pfalz trägt und weiter tragen wird.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie verunglimpfen einen Menschen, der es sich erfolgreich zu seiner Aufgabe gemacht hat, Rheinland-Pfalz so zu gestalten, dass die Menschen gerne hier leben.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion und die Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben im vergangenen Jahr Kurt Beck erneut zum Ministerpräsidenten dieses Landes gewählt. Wir haben ihm und seiner Regierung damit das Vertrauen ausgesprochen. Wir haben keinen Grund, das zu ändern.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, es wird auch von der Mehrheit der Menschen in Rheinland-Pfalz genauso gesehen.

Was treibt Kurt Beck an? Was sind die Werte, die ihn ausmachen?

(Dr. Weiland, CDU: Kann er vielleicht  
einmal selbst sagen!)

Was bringt ihn dazu, sich immer wieder zu engagieren, sich nicht zu schonen? Was macht ihn aus, dass die Wählerinnen und Wähler ihm immer wieder das Vertrauen geben? Um es auf den Punkt zu bringen: Sich für ihn zu entscheiden und nicht auf immer wechselnde scheinbare Hoffnungsträger der Opposition zu hoffen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Eines war richtig von Ihnen, Frau Klöckner, nämlich in die Regierungserklärungen von Kurt Beck zu schauen. Dort finden wir Antworten, was die Wesenszüge der Politik von Kurt Beck sind.

In seiner Regierungserklärung im Jahre 1994 – ich zitiere mit unterstellter Erlaubnis des Präsidenten – steht Folgendes: Es geht um Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe der Verwaltung, die zu jeder Zeit deutlich machen muss, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger da ist, und nicht umgekehrt. – Das ist seine Leitlinie. Kurt Beck macht Politik für die Menschen in unserem Land.

Weiter heißt es in der Regierungserklärung aus dem Jahr 2001: „Wir brauchen eine neue und umfassende Bereitschaft zur Mobilität und zum Lernen. Wir brauchen einen wachen Sinn für Sicherheit und Gerechtigkeit.“ Diese Leitgedanken, Gerechtigkeit, Sicherheit, Zukunftsfähigkeit, sind es, die sein Handeln bestimmen und leiten. Kurt Beck ist angetreten, mit ganzer Kraft dafür zu arbeiten, das Land Rheinland-Pfalz wirtschaftlich weiterzuentwickeln. Er ist angetreten, dass jedes Kind, egal wo es herkommt und wie viel Geld seine Eltern haben, die gleichen Chancen hat zu lernen, zu studieren und den Beruf zu ergreifen, den es will.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das sind keine Sonntagsreden. Das ist seine Überzeugung. Das ist das Ergebnis seines Handelns. Kurt Becks Leitidee ist, dass es gerecht zugeht in unserem Land.

Frau Klöckner, Sie überschätzen sich. Nicht Sie sind der größte Gegner von Kurt Beck, sondern die wachsende Ungerechtigkeit in Deutschland und Europa, das ist der größte Gegner in der Politik von Kurt Beck.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Baldauf, CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? –  
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU –  
Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Sie wollen, dass wir diesem Ministerpräsidenten nicht mehr vertrauen, dem Mann, dessen Wirtschaftspolitik dafür gesorgt hat, dass noch nie so viele Menschen wie je zuvor in unserem Land Arbeitsplätze hatten, der mit seiner Regierung die Mammutaufgabe Konversion geschultert hat und so für die Menschen im Land Beschäftigung gesichert hat. Unter dessen Führung wurde Rheinland-Pfalz zum Land des modernen Mittelstands. Sollen wir diesem Ministerpräsidenten nicht mehr vertrauen, der zentraler Akteur ist, wenn es darum geht, Tausende von Arbeitsplätzen im Land zu sichern und zu erhalten und von dem jeder Unternehmer und jeder Betriebsrat weiß, dass er sich auf ihn verlassen kann, wenn es um die Sicherung von Arbeitsplätzen geht?

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie wollen, dass wir diesem Ministerpräsidenten nicht mehr vertrauen, dem Menschen, dessen Regierung Tag für Tag seit 1994 dafür sorgt, dass unsere Kinder beste Bildungschancen haben.

(Zuruf der Abg. Frau Huth-Haage, CDU)

Ich erinnere an die Versorgung mit Ganztagschulen und daran, dass wir die kleinsten Klassen in Deutschland haben werden. Das setzen wir gerade um.

(Baldauf, CDU: Zum Thema!)

Wir sorgen dafür bzw. haben dafür gesorgt, dass für den Zugang zur Bildung von der Kinderkrippe bis zum Studium keine Gebühren gezahlt werden.

(Zuruf der Abg. Frau Huth-Haage, CDU)

Das haben die jungen Menschen in Rheinland-Pfalz Kurt Beck zu verdanken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Baldauf, CDU: Frau Präsidentin, zum Thema! –  
Pörksen, SPD: Kurt Beck, das ist doch euer Thema!)

Wir sollen einem Ministerpräsidenten nicht vertrauen, dessen Bildungspolitik Muster und Blaupause für viele Länder in Deutschland geworden ist. Gerade CDU-Regierungen kopieren unsere erfolgreiche Politik. Darauf sind wir stolz.

Frau Klöckner, ich weiß, das ärgert Sie, aber es ist gut für Deutschland, dass von Rheinland-Pfalz gelernt wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir sollen dem Ministerpräsidenten nicht vertrauen, der dafür steht, dass in keinem Land Beruf und Familie so gut zu vereinbaren sind wie in Rheinland-Pfalz, der mit seiner ganzen Person dafür steht, dass Aufstieg durch Bildung für jeden, ich betone, für jeden in Rheinland-Pfalz möglich ist. Sie wollen, dass wir diesem Ministerpräsidenten nicht mehr vertrauen. Denken Sie nur einen Moment darüber nach, als RWE das Land Rheinland-Pfalz mit einem Schadenersatzprozess von 7 Milliarden DM überzogen hat.

Es ist Kurt Beck und Gerd Schröder zu verdanken, dass Rheinland-Pfalz keinen Schadenersatz in Milliardenhöhe wegen dem Murks einer CDU-Landesregierung in Rheinland-Pfalz zahlen musste. Haben wir daraus ein solches Theater veranstaltet? Haben wir Personen zu Regress ziehen wollen? Kurt Beck hat die Probleme für das Land Rheinland-Pfalz gelöst. Das heißt Handeln in Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir vertrauen einem Menschen, der Fehler zugestanden hat und hier beim Land und bei der Region um Entschuldigung gebeten hat. Wir vertrauen ihm, weil er die Bereitschaft mit sich bringt, die Probleme zu lösen und nicht von dannen geht. Das zeigt Verantwortung. Deswegen vertrauen wir diesem Ministerpräsidenten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die rot-grüne Koalition gestaltet Politik auf einem gemeinsamen Wertefundament. Wir ringen tagtäglich um gute Lösungen. Das ist harte Arbeit. Das ist mehr als Phrasendrescherei und Showeffekt. Auch wenn jeden Tag hart gearbeitet wird – das wissen die Menschen –, dann hat man keine Garantie, dass man immer Erfolg hat. Dennoch, das gehört auch zur Regierungsverantwortung. Diesem Anspruch ist Kurt Beck immer gerecht geworden. Er hat eine außergewöhnliche Erfolgsbilanz für das Land und für die Bürgerinnen und Bürger vorzuweisen. Wir vertrauen diesem Ministerpräsidenten. Wir vertrauen Kurt Beck.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was erwarten die Menschen in der Region um den Nürburgring?

(Baldauf, CDU: Das kann ich Ihnen sagen! –  
Licht, CDU: Da muss man erst einmal einen  
Schluck aus der Pulle nehmen!)

– Herr Licht, das betrifft insbesondere Sie. Das hat Ihnen auch der katholische Pfarrer mehrfach gesagt.

Sie erwarten zu Recht ein Ende des Parteienstreits. Das erwarten die Menschen.

(Dr. Weiland, CDU: Ja, ja! –  
Weitere Zurufe der Abg. Dr. Mittrücker  
und Licht, CDU)

Wir wissen, dass dies ein großer Schritt für Sie wäre. Wir haben Zweifel, dass Sie in den nächsten Wochen und Monaten bereit und in der Lage sind, diesen Schritt im Interesse der Region zu gehen und das Projekt zum Erfolg zu führen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Bracht, CDU: Heuchelei, unverschämt! –  
Zuruf des Abg. Ernst, CDU –  
Weitere Zurufe von der CDU)

Sie skandalisieren ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze in der Region und die Konsequenzen für die Menschen. Wenn das Ihr Verständnis von Anstand, Moral, Umgang miteinander, von politischer Tatkraft und Arbeit ist, dann haben Sie sich redlich unser Misstrauen verdient, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Wir misstrauen Ihrem Politikstil. Wir misstrauen Ihren Sonntagsreden. Vor allem misstrauen wir Ihnen, weil Sie noch niemals einen persönlichen, vertraulichen Gesprächsinhalt für sich behalten haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Viele Menschen haben uns – auch CDU-Mitglieder – angesprochen, die ihre Auftritte hier peinlich finden

(Licht, CDU: Das kenne ich anders, Herr Hering!)

und die die Auftritte zuwider finden.

(Bracht, CDU: Umgekehrt beispielsweise! –  
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, SPD und GRÜNE habe am 18. Mai 2011 Kurt Beck das Vertrauen ausgesprochen. Das gilt. Wir stehen zu Kurt Beck aus voller Überzeugung.

(Zuruf von der CDU: Noch schlimmer!)

Frau Klöckner, bei uns gilt Verlässlichkeit, Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein. Und bei Ihnen?

Frau Klöckner, Sie tragen den rheinischen Katholizismus wie eine Monstranz vor sich her. Dieser schreibt Verantwortung groß. Da geht es um die Nöte und Sorgen der Menschen. Sie leben ihn aber nicht. Sie lassen Ihnen

Behauptungen keine Taten folgen. Was Sie wollen, ist die Schlagzeile von morgen und die guten Kamerabilder.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Dr. Weiland, CDU: Auf die Schlagzeilen, die Sie machen, können wir verzichten!)

Sie reden mit Vertretern aus der Region um den Nürburgring. Das ist löblich. Sie machen Versprechungen, ohne inhaltlich etwas in der Hand zu haben, was hilft.

(Dr. Weiland, CDU: Versprechungen haben Sie bisher noch nie eingehalten! –  
Licht, CDU: Von was reden Sie jetzt?)

– Ihr Zehn-Punkte-Papier ist eine Aneinanderreihung von Plattitüden und Selbstverständlichkeiten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das ist Schein statt Politik.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Das ist schlimm. Sie wecken falsche Erwartungen. Das ist schlimmer.

(Licht, CDU: Das Gegenteil haben Sie doch immer gemacht!)

Da sagen Sie in Ihrem sogenannten Konzept, dem Zehn-Punkte-Papier, das Insolvenzverfahren am Nürburgring muss klare Verhältnisse schaffen und unbeeinflusst ablaufen.

Das ist eine reine Selbstverständlichkeit. Das war alles schon abgearbeitet.

(Dr. Weiland, CDU: Ihnen muss man die einfachsten Dinge immer wieder sagen! –  
Pörksen, SPD: Bei Ihnen hilft das noch nicht einmal etwas!)

Das war alles schon abgearbeitet, als Sie Ihre Leitlinien vorgetragen haben.

(Pörksen, SPD: Gurkenpapier!)

Gut, dass der ADAC an Bord bleiben soll. Richtig, dass „Rock am Ring“ erhalten bleibt. Gut so.

(Dr. Weiland, CDU: Wenn Sie sich an die einfachen Dinge gehalten hätten, würden wir heute nicht da stehen, wo wir stehen!)

Aber wie fühlen sich die Menschen, wenn Oppositionspolitiker das fordern, was von Verantwortlichen schon längst ausgehandelt worden ist?

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Licht, CDU: Mit dem ADAC haben Sie doch noch gar nicht gesprochen!)

– Herr Licht, aber es geht ja weiter so. Beruhigen Sie sich doch. Der Neuanfang – so heißt es – am Nürburgring muss im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Auch das fordern Sie zu einem Zeitpunkt, als das Dialogforum schon ein Jahr existiert. Wer hatte den Runden Tisch organisiert, bei dem der neue Geschäftsführer gemeinsam mit dem Sachwalter im Internet eine Plattform eröffnet hat,

(Biebricher, CDU: Zur Sache!)

auf der die Region direkt eingebunden ist, übrigens mit konkreten Ideen und einer konstruktiven Haltung? Da können Sie sich etwas anschauen, Frau Klöckner.

(Pörksen, SPD: Das hilft aber nichts!)

Sie waren die einzige der Fraktionsvorsitzenden, die nie anwesend gewesen ist.

(Licht, CDU: Ach! –  
Pörksen, SPD: Es war ja auch keine Kamera dabei!)

Es geht darum, Perspektiven für die Region aufzuzeigen und Fehler in Zukunft zu vermeiden, auch die, die wir gemacht haben – dazu stehen wir –, und konstruktiv um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Es geht darum, auch präsent zu sein, wenn die Kameras einmal nicht laufen, Frau Klöckner. Auch das ist Ihnen leider fremd.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Zum Thema Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz:

(Licht, CDU: Vielleicht sagt die Landesregierung erst einmal, warum die Insolvenz eingetreten ist!)

Sie haben mit einem Düsseldorfer Anwalt, der gegen das Land Rheinland-Pfalz klagt, gemeinsame Sache gemacht, um Schlagzeilen zu produzieren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Licht, CDU: Wie kam es zur Insolvenz?)

Sie waren sogar bereit, in voller Absicht die Leistungsfähigkeit der angesehenen Förderbank des Landes, ISB, infrage zu stellen.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU –  
Frau Schleicher-Rothmund, SPD:  
Seien Sie doch einmal still!)

Für eine Schlagzeile nehmen Sie in Kauf, dass Einrichtungen des Landes Schaden nehmen. Das ist verantwortungslos, Frau Klöckner.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Baldauf, CDU: Das wart doch ihr, nicht wir!)

Wer sich mit einem solchen Anspruch hier ans Pult stellt, der muss auch entsprechende Antworten erwarten.

(Baldauf, CDU: Das ist der Insolvenzminister!)

Der muss auch erwarten, dass das hinterfragt wird, wie er politisch gehandelt hat.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das mag Ihnen unangenehm sein, Herr Licht, das verstehe ich ja.

(Zurufe von der CDU)

Wer eine Rücktrittsforderung gegen einen Ministerpräsidenten eines Landes wirklich ernst meint, twittert dies nicht und bleibt nicht am Strand in Südeuropa in der Sonne liegen.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Zuruf von der CDU: Wenn man nicht twittern kann, muss man so argumentieren!)

Wer die kritisiert, die Verantwortung übernommen haben, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob man selbst in der Lage wäre, Verantwortung zu übernehmen.

(Baldauf, CDU: Ja!)

Frau Klöckner, dann schauen wir einmal in die wenigen Reden, die Sie hier gehalten haben, wie es mit konkreten Vorschlägen aussieht.

(Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Zur wichtigen Diskussion darüber, welche Justizstruktur in Rheinland-Pfalz notwendig ist, kein konkreter Sachvorschlag. Ihr mutloser Vorschlag: ein Konvent. –

(Pörksen, SPD: Was ist das? –  
Frau Klöckner, CDU: Sein Vorschlag: Auflösung!)

Zur wichtigen Diskussion darüber, welche weiteren Schritte zur Kommunal- und Verwaltungsreform gegangen werden müssen, kein konkreter Sachvorschlag.

(Frau Klöckner, CDU: Können wir  
zum Thema reden? –  
Dr. Weiland, CDU: Thema!)

Ihr mutloser Vorschlag: ein Beratungsmoratorium. –

(Dr. Weiland, CDU: Thema!)

– Das gehört zum Thema.

Zur wichtigen Diskussion darüber, wie die Umsetzung der Schuldenbremse und somit die Sicherung einer nachhaltigen Haushaltspolitik gelingt, zu der Sie uns wieder einmal die Hand reichen wollten, kein konkreter Sachvorschlag.

(Frau Huth-Haage, CDU: Reden wir  
zum selben Thema? –  
Frau Klöckner, CDU: Thema verfehlt!)

Die Einsparungsvorschläge, die Sie vorgelegt haben, waren nur Luftbuchungen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie haben die finanziellen Belastungen des Landes angesprochen. Die Forderungen der CDU dagegen belaufen sich in der Haushaltsdebatte auf eine Summe von 1,9 Milliarden Euro bis zum Jahr 2016.

(Frau Beilstein, CDU: Sind alle gegenfinanziert! –  
Dr. Weiland, CDU: Alles gegenfinanziert!)

Das sind Mehrausgaben in der Höhe von 1,9 Milliarden Euro. Auch das gehört in einer solchen Debatte mit dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Zur wichtigen Diskussion darüber, welches Zwischenergebnis die Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung erarbeitet: Sie erlauben Ihrer Fraktion noch nicht einmal, eigene, schon formulierte Textvorschläge vorzulegen.

(Fuhr, CDU: Das ist kritische Debatte! –  
Pörksen, SPD: Das ist gut!)

Das zur kritischen Diskussion einer Fraktion.

(Dr. Weiland, CDU: Beteiligen Sie doch einmal  
die Bürger an Ihrer Aufarbeitung!)

Frau Klöckner, eines muss man Ihnen aber lassen. Ich bin nun seit 1996 im Landtag. Wahrscheinlich stimmen mir meine älteren Kolleginnen und Kollegen zu. So stilllos wie Sie und so das Klima vergiftend hier im Haus hat noch kein Oppositionsführer wie Sie agiert.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU –  
Dr. Mittrücker, CDU: So etwas von  
daneben! Peinlich!)

Da beschweren Sie sich über die Landtagsverwaltung, nur weil Sie einen Haushaltsplan, der Ihnen fristgerecht zugeht, selbst verschlampt haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir einigen uns im Ältestenrat über das Besetzungsverfahren des Landtagsdirektors.

(Frau Klöckner, CDU: Thema! –  
Dr. Weiland, CDU: Thema! –  
Weitere Zurufe von der CDU)

Nun wollen Sie bei der Sitzung angeblich nicht mehr dabei gewesen sein, Frau Klöckner. Das zur konstruktiv-

ven und ehrlichen Zusammenarbeit in diesem Hause. Sie haben die Dinge bewusst anders dargestellt.

(Starker Beifall der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Staatsanwaltschaft hat erklärt,

(Baldauf, CDU: Ach Gott! Ach Gott! – Frau Huth-Haage, CDU: Thema!)

dass keine strafrechtliche Relevanz bei den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates der Nürburgring GmbH – – –

(Unruhe im Hause – Glocke der Präsidentin)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege, Entschuldigung. Sie sind leider so laut, dass ich nicht mehr verstehe, was Herr Kollege Hering sagt. Deshalb kann ich auch nicht darauf eingehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

#### Abg. Hering, SPD:

Es mag der CDU schwerfallen, wenn ihr einmal der Spiegel vorgehalten wird. Sie können nicht erwarten, dass Sie Lebensleistungen von Menschen infrage stellen, Menschen beleidigen und darauf keine entsprechende Antwort bekommen.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, jetzt kommen wir zu dem Thema, wie Sie mit Menschen umgehen, dem Respekt, den jeder, wenn er auch Fehler gemacht hat, erwarten kann.

(Frau Klöckner, CDU: Kann es sein, dass es um einen Misstrauensantrag von jemand anders geht?)

Die Staatsanwaltschaft hat erklärt, dass keine strafrechtliche Relevanz bei den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates der Nürburgring GmbH erkennbar ist. Das ist eine klare Erklärung der Staatsanwaltschaft.

Wenn Sie das dann wider besseres Wissen in den Raum stellen, dann ist es böseartig und ehrabschneidend, dass andere Menschen sich da strafbar gemacht haben. Das ist menschlich nicht in Ordnung und gehört nicht in ein Parlament.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ramsauer, SPD: Da fällt sogar dem Licht nichts mehr ein! – Licht, CDU: Das hat keiner verstanden!)

Wir haben – das gilt für den Ministerpräsidenten, das gilt für mich, das gilt für viele andere – Fehler zugestanden beim Projekt Nürburgring.

(Baldauf, CDU: Dann müssen Sie die Konsequenzen ziehen!)

Wir haben auch klar erklärt

(Zuruf von der SPD: Die Fehler haben Sie schon gemacht!)

– das ist allen Menschen bekannt –, die Motivation, dort zu handeln – und es gab nur eine einzige Motivation –, war, einer strukturschwachen Region und ihren Menschen zu helfen. Nie gab es eine andere Motivation.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Pörksen, SPD: Vor allem keine persönliche!)

Die Informationen, die uns vor der Wahl bekannt waren, sind dem Ausschuss mitgeteilt worden, jede Information. Etwas anderes wider besseres Wissen zu behaupten,

(Licht, CDU: Das ist falsch!)

ist menschlich unanständig und zerstört den Umgang hier im Parlament.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Es ist falsch und bleibt falsch! Schauen Sie in den Rechnungshofbericht; da muss es drinstehen! Wo sind die Unterlagen? Wo?)

Ich habe bewusst die einzigartige politische Lebensleistung des Ministerpräsidenten an den Anfang gestellt.

(Licht, CDU: Trotzdem falsch! – Pörksen, SPD: Das ist nicht wahr! – Licht, CDU: Das ist wahr! Das weiß die SPD am besten!)

Frau Klöckner, wenn Sie sich hier hinstellen, können Sie Kritik üben. Das ist in Ordnung. Wenn Sie jedoch einen Zusammenhang herstellen zwischen dem Ministerpräsidenten Kurt Beck und Möllemann, bei dem es um persönliche Bereicherung ging, um unanständiges Verhalten, dann ist das nicht in Ordnung, dann ist das böseartig. Und dafür haben Sie sich eigentlich zu entschuldigen, wenn Sie Anstand haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ramsauer, SPD: Sie haben diese Größe!)

Weil ich erwartet habe, mit welchen Argumenten Sie hier auftreten, habe ich bewusst die Lebensleistung von Kurt Beck an den Anfang gestellt, wissend, dass hier ein Ministerpräsident nicht schonend, vor allem seine Gesundheit nicht schonend, sein Amt über Jahrzehnte erfüllt hat. Das dann mit einem Herrn zu Gutenberg zu vergleichen, dem es wichtiger war, ob das Gel in den

Haaren in Ordnung ist, anstatt Akten zu lesen, das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf von der CDU: Der hat sich die  
Haare aber nicht gefärbt!)

Die Verfassung gibt dem Parlament Rechte. Es gibt aber die Verpflichtung, damit auch angemessen umzugehen. Sie haben hier Heinz-Georg Bamberger erwähnt. Zu Recht haben Sie gesagt, dass er auf eine respektvolle Lebensleistung als ein hervorragender Jurist zurückblicken kann, der hervorragende Arbeit geleistet hat. Ich bin selbst Jurist und kann beurteilen, mit welcher Pflichterfüllung, Sachverstand, Aufrichtigkeit er sein Amt erfüllt hat.

(Licht, CDU: Da kann man nur fragen:  
Zu was wurde er gedrängt?)

Sie haben damit, dass Sie in unangemessener Weise Ministeranklage erhoben haben, die Reputation, die Persönlichkeit dieses beachtlichen Menschen nachhaltig geschädigt nur der Schlagzeile wegen. Sie wussten auch dort, das Instrument wird keinen Erfolg haben. Sie wollten die Schlagzeile haben. Ihnen war es egal, was das für den Menschen Heinz-Georg Bamberger bedeutet.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Dr. Weiland, CDU: Sie sind doch selbst peinlich!)

Deswegen sei Ihnen empfohlen: Wenn Sie der fachlichen sachlichen Diskussion nicht gewachsen sind, dann schweigen Sie lieber, anstatt Menschen zu beleidigen und ehrabschneidend zu wirken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Sie haben die SPD-Fraktion als fünfte Abteilung bezeichnet.

(Ramsauer, SPD: Pfui! –  
Zuruf des Abg. R. Mittrücker, CDU –  
Dr. Weiland, CDU: Sie haben uns eben  
Hetze vorgeworfen! –  
Pörksen, SPD: Passt nur auf!)

Präsident Mertes hat das Notwendige dazu gesagt. Sie, Frau Klöckner – oder der, der Ihnen dies aufgeschrieben hat –, ziehen damit geschichtsvergessen oder bewusst sehr grenzwertige verbale Vergleiche.

(Licht, CDU: Wenn Sie es noch mal ansprechen,  
dann weiß es jeder draußen!)

Sie halten es nicht einmal für nötig, sich für diese Entgleisung zu entschuldigen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie stellen hier infrage, dass die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD ihrer Aufgabe als frei gewählte Abgeordnete gerecht werden.

(Pörksen, SPD: Welche Arroganz!)

– Welche Arroganz? Richtig.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Die Verfassungsgeber in Deutschland haben mit der parlamentarischen Demokratie ein Instrument geschaffen, das, damit klare stabile Regierungsverhältnisse herrschen, zwangsläufig dazu führt, dass es regierungstragende Fraktionen gibt. Es gehört zum Selbstverständnis des Funktionierens einer Regierung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, dass Kritik der regierungstragenden Fraktionen natürlich stattfindet.

Es gehört aber auch zum Selbstverständnis, zum Funktionieren einer vernünftigen Demokratie dazu, dass dies bei Regierungsfractionen nicht auf den Marktplätzen ausgeübt wird. Auch das gehört zum Grundverständnis und ist vom Verfassungsgeber genauso gewollt. Das stellen Sie hier infrage. Wir wollen das Chaos und den Zirkus der Bundesregierung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz nicht haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Dr. Weiland, CDU: Ihr braucht nur eine Abstimmung,  
wie die Frau Lemke vorher gesagt hat!  
Dann ist das offen! –  
Baldauf, CDU: Das wäre nachhaltig!)

Sie haben noch ein weiteres Problem. Deswegen auch die Wortwahl von Frau Klöckner. Das wird in die Archive eingehen. Ich bin stolz darauf, Ministerpräsident Kurt Beck mein Vertrauen auszusprechen und dass dies in den Archiven und Akten genauso mit meinem Namen dokumentiert wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Pörksen, SPD: In meinem auch! –  
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Wenn man mit einem moralisch so absoluten Anspruch wie Sie hier an dieses Pult getreten ist, Frau Klöckner, dann sind das keine guten Attribute, zumal nicht einer Fraktionsvorsitzenden, die immer noch dabei ist, finanzielle Verfehlungen der eigenen Fraktion zu beseitigen.

(Zuruf von der CDU)

Über Jahre hinweg gab es bei Ihnen ein System der persönlichen Bereicherung in der CDU-Fraktion.

(Zuruf der Abg. Frau Dickes, CDU)

Niemand in diesem Land muss sich von Ihnen moralisch belehren lassen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Ramsauer, SPD: Fragen Sie nur Jullien!)

Wir lassen nicht zu, dass Sie Kurt Beck und unser Land schlechtreden. Wir wollen mit Kurt Beck weiter die Zukunft dieses Landes gestalten. Wir vertrauen Kurt Beck.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Herr Kollege Bracht hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

**Abg. Bracht, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion bittet um Gleichbehandlung in diesem Parlament. Der Herr Präsident hat es für notwendig empfunden, unserer Vorsitzenden einen Ordnungsruf anzudrohen, als sie im Zusammenhang mit dem „System Beck“ die Landtagsdirektorenstelle angesprochen hat. Dies ist beim Kollegen Hering, der ebenfalls über die Besetzung der Landtagsdirektorenstelle gesprochen hat, nicht geschehen.

(Beifall der CDU)

Frau Präsidentin, das liegt möglicherweise daran, dass Sie mit uns der Meinung sind, dass die Androhung durch den Präsidenten vielleicht etwas unangemessen war?

(Beifall der CDU)

Darüber hinaus möchte ich die Landtagsverwaltung bitten aufzuklären, weshalb ausgerechnet während der Rede von Frau Klöckner der Ton beim Livestream des Landtags nicht funktioniert hat.

(Präsident Mertes übernimmt den Vorsitz –  
Fuhr, SPD: Exakt! Das ist höhere Gerechtigkeit!)

**Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren, Sie brauchen nie zu fürchten, dass ich einer Auseinandersetzung aus dem Weg gehe.

1. Herr Kollege, schauen Sie in die Geschäftsordnung. Ich darf eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten zur Sache bitten. Wenn sie oder er sich nicht daran hält, muss ich sie mit einem Ordnungsruf versehen. Das steht in der Geschäftsordnung.

(Zuruf des Abg. Seekatz, CDU)

Meine Damen und Herren, im Nachhinein haben Sie mir recht gegeben, indem Sie klagen, dass es nicht bei beiden passiert ist. Das ist das Ergebnis. Das war sehr geschickt.

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

2. Der Livestream ist zusammengebrochen. Mag es die Dynamik der Rede oder der Server gewesen sein. Wir

suchen nach der Ursache. Bedauerlicherweise sind damit auch meine Eingangssätze nicht übertragen worden. Das ist auch schade. Sie sehen mich betroffen an diesem Platz. Wir werden die Elektriker losschicken, dass es wieder in Ordnung kommt. Ich höre, es ist schon wieder in Ordnung.

Sobald ich das erfahren habe, bin ich zu meinen Mitarbeitern gegangen. Wir haben darüber geredet, was wir retten können. Wir können die Rede insgesamt retten. Sie wird nachher in der Mediathek abrufbar sein. Insgesamt geht es dabei um 20 Minuten. Ist damit die Situation geklärt?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Wenn nicht, erkläre ich sie für geklärt.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den  
Vorsitz –  
Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Das Wort hat Herr Kollege Köbler.

**Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, der Anlass, zu dem wir zusammengekommen sind, ist ernst genug, um wieder zur Sache zurückzukehren und sich nicht darüber aufzuregen, ob der Server den Livestream hält oder nicht. Ich glaube, es hat auch etwas mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bzw. der rot-grünen Koalition im Landtag zu tun, dass wir ob dieser Transparenz überhaupt einen Livestream haben. Das ist doch schon einmal ein großer Fortschritt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Licht, CDU: Wenn er jetzt wieder funktioniert,  
haben Sie recht!)

Man geht ein Stück weit in sich, tritt noch einmal zurück und hinterfragt sich selbst, ob das, was man tut, auf dem richtigen Weg ist, weil es zugegebenermaßen keine einfachen Zeiten sind. Es waren auch keine einfachen Entscheidungen, die hinter uns liegen. Es liegen noch viel schwerere und schwierigere Entscheidungen und Diskussionen vor uns.

Man denkt nach und diskutiert viel. Wir haben in der Fraktion und in der Partei sehr offen diskutiert. Ich habe auch mit vielen Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Das bringt einen dann schon etwas weiter, als wenn man sich nur darauf konzentriert, dass möglichst die nächste Schlagzeile stimmt und man möglichst bundesweit in die Presse kommt.

Dazu gehören zwei Sachen. Es ist richtig und es ist auch die Aufgabe dieses Parlaments, und zwar der Opposition und der regierungstragenden Fraktionen, die Fehler, die gemacht worden sind, und die Konsequenzen am Nürburgring in diesem Parlament zu thematisieren und

zu diskutieren. Das ist Ihr gutes Recht. Das ist unser gutes Recht. Das kann und wird die Landesregierung auch entsprechend aushalten.

Es ist aber etwas gänzlich anderes, die persönliche Integrität eines Menschen, auch wenn es der Ministerpräsident ist, derart anzugreifen, wie Sie es unverhältnismäßigerweise in den letzten Tagen und Wochen und auch heute wieder im Parlament getan haben. Lassen Sie uns zur Sachpolitik zurückkommen. Das ist das, was das Land braucht, und keine Dreckschleuder und persönlichen Angriffe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Deswegen möchte ich mich der sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „Nürburgring“ überhaupt nicht entziehen. Wir haben das in der Diskussion in der Fraktion sehr offen miteinander besprochen und ausgetragen. Wir haben als GRÜNE immer eine sehr kritische Position zu den Vorgängen am Nürburgring gehabt.

Frau Klöckner, Sie haben es dankenswerterweise wieder zitiert.

(Zuruf von der CDU)

Diese kritische Position hinsichtlich der Entscheidung im Zeitraum 2004 bis 2009 besteht nach wie vor. Diese Kritik wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer äußern. Wir sind darin auch jetzt leider bitter bestätigt worden. Der Koalitionspartner – die SPD und der Ministerpräsident – hat die Fehler auch eingestanden. Wir haben das gewusst, als wir den Koalitionsvertrag unterschrieben haben. Warum sollten wir an dieser Stelle, an der Sie keinen einzigen neuen Fakt aus dieser Legislaturperiode aufzählen, jetzt die Koalition infrage stellen, wo doch unsere Kernforderungen, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor der Wahl an den Nürburgring gestellt hat, allesamt erfüllt werden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keinen triftigen Grund, inhaltlich Ihrem Antrag zu folgen, wenn es nur um den Nürburgring gehen würde. Deswegen werden 18 Abgeordnete – so haben sie es mir angekündigt – von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Kolleginnen und Kollegen der SPD Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Ich kann das auch entsprechend belegen. Sie finden in unserem Wahlprogramm zum Nürburgring folgende Punkte:

– Wir wollen ein tragfähiges Konzept, das einen Betrieb auf Dauer ohne Steuergelder ermöglicht. – Wir werden am Ende genau zu einem solchen Konzept kommen, weil entsprechende Landesgelder möglicherweise nicht mit dem Beihilferecht vereinbar sind und so dauerhaft nicht mehr fließen werden.

– Wir wollen eine Neuorientierung, Alternativen und ein sinnvolles Konzept für den Ring erarbeiten. – Das steht in unserem Wahlprogramm. Auch das ist nun auf dem

Weg. Wir wollten es nicht über die Insolvenz machen. Das hatte die Regierung zunächst selbst in der Hand. Jetzt machen es der Insolvenzgeschäftsführer und der Sachwalter. Es wird eine entsprechende konsequente Neuaufstellung geben. Wir haben uns auch dazu bekannt, dass der Nürburgring Potenzial hat und in seinem Kerngeschäft auch in Zukunft bestehen wird. Auch da bin ich mir sicher, dass es entsprechend geschehen wird.

Das bedeutet, dass das, was die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor der Wahl an Leitlinien für den Nürburgring in ihrem Wahlprogramm beschlossen und formuliert hat, in der rot-grünen Regierungskoalition auch umgesetzt wird.

Deswegen gibt es überhaupt keinen Grund, uns vorzuwerfen, wir würden vor der Wahl etwas anderes sagen als nach der Wahl. Nein, wir sind an diesem Punkt 100 % glaubwürdig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Ja, es ist richtig, wir haben das in der außerparlamentarischen Opposition kritisiert, politisch bewertet und Kritik an Verantwortlichen geübt, mit denen wir heute in einer Koalition zusammenarbeiten. Aber es gehört nun einmal in einer Demokratie dazu, die aus Pluralismus, verschiedenen Meinungen und Parteien besteht. Ich glaube, es ist richtig, dafür zu stehen und es jetzt nicht infrage zu stellen oder zu glauben, man könnte durch Vorwürfe die Kritik von damals sozusagen relativieren, wie Sie es tun, sondern es kommt darauf an, dass man, wenn man von zwei Positionen herkommt, versucht, einen gemeinsamen Weg zu finden. Das haben wir im Koalitionsvertrag getan. Wir waren uns bei vielen Punkten sehr einig, weil SPD und GRÜNE in Rheinland-Pfalz eine große gemeinsame Wertebasis haben und in vielen inhaltlichen Punkten miteinander übereinstimmen. Hendrik Hering hat viele genannt.

Es war natürlich schwierig am Punkt Nürburgring. Aber jetzt schauen wir einmal in den Koalitionsvertrag, was wir hineingeschrieben haben.

Da steht: „Der Nürburgring hat eine wichtige strukturpolitische Bedeutung für die Region. Er bietet vielen Menschen einen zukunftsfähigen Arbeitsplatz.“ Und dann weiter: „Teile des Vertragswerks sind derzeit Gegenstand einer Klage und von Beschwerden bei der EU. Deren Ausgang bleibt ebenso wie die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen (...) abzuwarten. Sollte sich die Notwendigkeit einer Neuregelung ergeben, werden die rot-grünen Koalitionspartner den Betrieb neu beschreiben.“ Unabhängig davon werden wir prüfen, ob zukünftige Risiken oder finanzielle oder wirtschaftliche Auswirkungen des Nürburgrings für das Land oder die Region bestehen. – Koalitionsvertrag, beschlossen im Mai letztes Jahr von SPD und GRÜNEN, von Eveline Lemke, Kurt Beck und Daniel Köbler unterschrieben.

Wir haben damals gewusst, dass am Nürburgring ein dicker Brocken auf uns wartet.

(Frau Klöckner, CDU: Das ist interessant!)

Die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben diesen Text vorgelegt bekommen, und Parteitage haben mit übergroßer Mehrheit diesen Text beschlossen.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Nun gehen wir anhand dieses Koalitionsvertrags alle gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze genau diesen Weg, auch wenn er schwierig ist. Deswegen gibt es überhaupt keinen Grund, diese Koalition infrage zu stellen oder Ihrem Antrag zu folgen. Wir gehen auch in schwierigen Zeiten miteinander.

Frau Klöckner, Verantwortung bedeutet eben nicht nur die Rosinenpickerei, sondern auch die schwierigen Probleme miteinander anzugehen und miteinander zu lösen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Da ist die Koalition in diesem Hause der Opposition meilenweit voraus, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Licht, CDU: 524 Millionen sind  
keine Rosinenpickerei!)

Dann ist unterstellt worden, die GRÜNEN-Abgeordneten oder die Ministerin wären meilenweit von der Basis entfernt. Im Gegensatz zur CDU haben wir, als die Debatte um den Nürburgring erneut hochkochte, einen entsprechenden Antrag auf unserem Parteitag diskutiert und beschlossen. Wir haben uns der Diskussion mit der Basis gestellt. Erst am vergangenen Wochenende hat unser Parteirat, das zweithöchste Gremium, wieder diskutiert und einen einstimmigen Beschluss zum Nürburgring und gegen das von Ihnen angekündigte Misstrauensvotum beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich auch in Regierungsverantwortung der Diskussion mit ihren Wählerinnen und mit ihrer Basis und gerade und auch dann, wenn es schwierig wird und man es vielleicht mehr erklären muss als nur in einer Überschrift oder in einem Flyer. Aber das machen eine andere politische Kultur und ein anderer Stil aus. Da wird nichts durchgedrückt, da wird kein Zwang ausgeübt, da wird diskutiert und nachher eine kluge Entscheidung gefällt, die im Wohle des Landes angelegt ist, im Lichte des Koalitionsvertrags, des sozial-ökologischen Wandels, den wir vollenden wollen.

(Licht, CDU: Das macht den Umschwung aus!)

Wir lassen uns nicht blenden von möglichst schnellen Schlagzeilen, wie Sie das tun. Das ist ein Showeffekt. Der wird wie ein Feuerwerk kurz in die Luft gehen, dann ist wieder dunkle Nacht und dann gute Nacht. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung. Wir wollen die Zukunft dieses Landes gestalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Ein zweiter Punkt, der meiner Fraktion wirklich wichtig ist: Es ist eine nicht zu verantwortende Unterstellung, zu behaupten und der Mehrheit dieses Parlaments vorzuwerfen, dass sie durch die Abstimmung über einen Punkt, den sie aus genannten Gründen nicht teilt, weil sie anderer Auffassung ist als sie, liebe CDU, ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung nicht ausüben würde.

(Hering, SPD: Unverschämtheit!)

Das ist ein schwerwiegender Vorwurf in einer parlamentarischen Demokratie. Den lasse ich auf meiner Fraktion, auf allen 18 Abgeordneten – ich denke, auch für die Kollegen der SPD sprechen zu dürfen – nicht unwidersprochen sitzen. Es geht nicht um einen Blankoscheck für die Regierung, sondern es geht um eine kritische Solidarität, und die werden wir weiter üben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Zurufe von der CDU)

Genau das ist der Grund, warum wir seit gut einem Jahr dabei sind, die Dinge neu anzugehen, auch am Nürburgring. Es ist der Runde Tisch in der Region von den Gewerkschaften einberufen worden, an dem der Minister persönlich und die Fraktionsvorsitzenden der beiden Regierungsfraktionen regelmäßig teilnehmen. Auch die Opposition mit Herrn Licht – dafür danke ich Ihnen sehr – nimmt daran teil. Es gibt das Dialogforum Nürburgring. Wir haben den parlamentarischen Beirat angestoßen. Es ist eine Vielzahl von stärkeren Beteiligungsmöglichkeiten des Parlaments in diesem Zusammenhang aufgezeigt worden. Der Finanzminister, der Innenminister, aber auch die Wirtschaftsministerin haben in einer Vielzahl von Fachausschüssen detailliert und umfassend, schonungslos und ehrlich über alle Vorgänge rund um den Nürburgring berichtet. Sie können es in allen Protokollen nachlesen. Sie müssten es halt nachlesen.

Von daher kommen wir doch zur Sache zurück. Es ist in diesem Land doch keinem damit gedient, wenn man nur immer weiter mit Dreck schmeißt nach dem Motto, irgendwann wird schon etwas kleben bleiben.

Liebe CDU, auch derjenige, der mit Dreck schmeißt, wird schmutzig werden. Bedenken Sie das mit Blick auf die Politikverdrossenheit und die Öffnung, die wir brauchen, um mehr Demokratie und mehr Beteiligung auch in unseren Kommunalparlamenten zu generieren. Hören Sie auf, stellen Sie sich der sachlichen Diskussion. Die ist gerechtfertigt. Aber hören Sie auf mit populistischer Dreckschmeißerei. Das hat dieses Land wahrlich nicht verdient.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir haben in der deutschen Geschichte Erfahrungen gemacht, weswegen man ein Instrumentarium wie das Misstrauensvotum in Verfassungen geschrieben hat. Im Bund gibt es nur ein konstruktives Misstrauensvotum aus der Erfahrung der Weimarer Republik. Das bedeutet, dass man eine Regierungschefin oder einen Regie-

rungschef nicht nur einfach abwählen, sondern gleichzeitig eine Nachfolge benennen muss. Das bedeutet, es ist ein sehr wertvolles Gut unserer Verfassung, das wir in der Demokratie auch gegen Antidemokratinnen und Antidemokraten oder unsere entsprechenden Vorfahren erstritten haben. Man sollte also behutsam mit dessen Einsatz umgehen.

Frau Klöckner, Sie haben selbst gesagt, Sie glauben nicht, dass Sie eine Mehrheit dafür bekommen. Aber Sie werden sie nicht deswegen nicht bekommen, weil Koalitionszwang die Koalition dazu bindet, sondern weil Sie einfach keine überzeugenden Argumente dafür haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Es handelt sich um ein rein destruktives Misstrauensvotum. Wir haben das in der Fraktion in zwei Sitzungen lange miteinander diskutiert. Wir haben keinen Fraktionszwang ausgesprochen.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Wir haben eine Probeabstimmung vollzogen. Es haben sich alle Abgeordneten aus freien Stücken – ich meine, auch vor ihrem reinen Gewissen – gegen Ihren Antrag ausgesprochen. Dazu war keinerlei Druck und Zwang notwendig, weil die Argumente nicht da sind und weil sie in der zurückliegenden Sitzung groß angekündigt haben, das sei das erste Mal in der Geschichte des Landes. Sagen Sie doch, dass Sie sich geirrt haben und das nicht stimmt. Vielleicht hat Herr Hebgen – das weiß ich nicht – auch noch Ihre Archive und nicht nur die Fraktionskasse mitgenommen hat, als er gegangen ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Sie haben sich geirrt! Nicht nur der Ministerpräsident, sondern auch die Oppositionsführerin darf mal Fehler machen. Das ist schon okay. Wiederholen Sie aber nicht die Fehler bei der historischen Darstellung.

Sie haben heute behauptet, das damalige Misstrauensvotum kurz nach dem Krieg gegen Herrn Altmeier sei durch die SPD aufgrund der Schulstrukturdebatte erfolgt. Das ist historisch nicht korrekt. Das ist nicht wahr. Damals war es nämlich so, dass dieses Misstrauensvotum ganz im Sinne unserer Verfassung angewendet worden ist. Ja, es gab eine Diskussion über die Schulstruktur. Ja, es gab damals eine Regierung aus CDU und FDP. Es gab eine Vorlage der Regierung vom CDU-geführten Bildungsministerium, die der Koalitionspartner FDP in diesem Hause abgelehnt hat. Das heißt, die Koalitionsmehrheit hat nicht gestanden.

Das Misstrauensvotum kommt dann zur Anwendung, wenn unsicher ist, ob die Regierung noch die Mehrheit im Parlament hat. Davon gehen Sie aber noch nicht einmal aus. Sie versuchen noch nicht einmal, die Mehrheit zu überzeugen. Sie kündigen vorher schon an, dass es keine Mehrheit geben wird. Deswegen ist Ihr Antrag

Show. Deswegen weisen wir ihn auf das Schärfste zurück.

(Anhaltend starker Beifall des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben Cicero zitiert. Ich habe die „De re publica“ auch lesen dürfen.

(Hering, SPD: Ich musste sie lesen!)

Es geht um den Nutzen derer, die der Politik den Staat anvertrauen. Das ist sehr, sehr wichtig (Cicero kommt am Ende zu dem Ergebnis, dass die gute Monarchie die beste Staatsform ist) – man hätte bis zum Ende lesen sollen –,

(Heiterkeit und anhaltend starker Beifall bei  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD –  
Dr. Weiland, CDU: Der war gut!)

aber auch den Abgeordneten der CDU ist eine entsprechende Verantwortung aufgetragen worden. Auch die CDU sollte ihre Verantwortung nicht zum eigenen Nutzen, für die persönliche politische Karriere, sondern zum Wohl der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wahrnehmen. Dazu lade ich Sie ganz herzlich ein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nehmen wir einmal an, es gäbe in diesem Land nur ein Thema, und Sie beantragen deswegen dieses Misstrauensvotum. Nehmen wir einmal an, es gäbe nur das Thema „Nürburgring“, und wir würden das nur danach bemessen. Dann frage ich mich als Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder als Abgeordneter: Was wäre die Alternative? – Da haben Sie zum Nürburgring das 10-Punktchen-Papier vorgelegt.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Punkt 1: Der Insolvenzverwalter muss klare Verhältnisse schaffen und unbeeinflusst arbeiten können.

(Pörksen, SPD: Das ist ganz schön klug!)

Ja, so steht es im Insolvenzrecht.

(Licht, CDU: Bei dieser Regierung muss  
man das benennen!)

Punkt 2: Unverzüglich muss mit den Veranstaltern am Ring verhandelt werden. – „Rock am Ring“ ist gesichert. Mit dem ADAC wird verhandelt. Sogar mit Bernie Ecclestone – das darf ich als GRÜNER gar nicht sagen – wird verhandelt. Das geschieht also.

Punkt 3: Der Dauerstreit mit den Pächtern muss schnellstens beendet werden. – Die Landesregierung hat eine entsprechende Kündigungsklage eingereicht. Die wird von den Insolvenzgeschäftsführern jetzt weiterbetrieben. Auch das geschieht.

(Bracht, CDU: Der Ministerpräsident hat aber  
so getan, als hätte er alles in der Hand!)

Punkt 4: Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens im Gewerbegebiet Nürburgring muss langfristig gesichert sein. – Die Planungs- und Aufsichtshoheit über die Unternehmen im Gewerbegebiet Nürburgring obliegt den Kommunen vor Ort. Wir gehen davon aus, dass die Kommunen dem nachkommen.

Punkt 5: Handwerksbetriebe, die auf ihr Geld warten, dürfen nicht in eine existenzielle Schieflage geraten. – Als der Ministerpräsident das in der zurückliegenden Sitzung sagte, kamen aus Ihren Reihen Gelächter und hämische Zwischenrufe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –

Frau Elsner, SPD: Na so was! –  
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Punkt 6: Der Ring braucht ein Geschäftsmodell, das sich auf den traditionellen Kern Motorsport konzentriert. – Ich könnte jetzt viele Belege anführen, aber das steht im Parteitagsbeschluss von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12. Mai 2012.

(Baldauf, CDU: Warum hat ihr es  
dann nicht umgesetzt?)

Das gilt auch für Punkt 7: Die profitablen Teile der Ringaktivitäten müssen ohne Belastungen der Vergangenheit arbeiten können.

Punkt 8: Im Mittelpunkt des neuen Geschäftsmodells müssen kleine und mittelständische Firmen und die Region stehen.

Punkt 9 ist auch erklärtermaßen Bestandteil des Parteitagsbeschlusses des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

(Bracht, CDU: Aber nichts davon umgesetzt!)

Wir lehnen einen Investor ab, der Exklusivrechte für sich und seine Unternehmen beansprucht. Die Rennstrecke muss für Freizeifahrer und das Renn-Taxi offen bleiben.

Punkt 10: Der Neuanfang am Nürburgring muss im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden. – Sehr gut, dass Sie die Aktivitäten der Landesregierung durch das Dialogforum der Gewerkschaften, durch den Runden Tisch, durch die Koalitionsfraktionen und durch den parlamentarischen Beirat unterstützen. Wir hatten das bei zu Guttenberg. Copy and paste ist manchmal gut. Lassen Sie uns gemeinsam am Nürburgring weiterarbeiten.

(Anhaltend starker Beifall des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Misstrauensantrag ist nicht nur unbegründet, sondern er ist auch komplett überflüssig. Wir tun Ihnen jetzt nicht den Gefallen und schaffen nicht einen zweiten Ministerpräsidentenposten – als GRÜNE könnten wir einmal darüber nachdenken –, damit Sie nachrücken können, aber lassen Sie uns doch ab jetzt da zusammenarbeiten; denn die Punkte unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander. Ich meine, das ist das, was die Region jetzt erwartet. Das ist auch das, was die Men-

schen jetzt erwarten. Auch das ist am Ende das, was die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erwarten, weil die Wahrscheinlichkeit, dass dann, wenn das Land mit einer Stimme spricht, möglichst viel von den Investitionen des Landes – bei dem es sich nun einmal um Steuergeld handelt – wieder zurückfließt, wesentlich höher ist, wenn Sie sich konstruktiv daran beteiligen. Für eine konstruktive kritische Debatte zum Nürburgring steht meine Fraktion, steht die Koalition jederzeit zur Verfügung, aber sie steht nicht für Showeffekte zur Verfügung, wie wir sie heute wieder erleben mussten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Es gibt keine inhaltliche Alternative zur Politik der Landesregierung,

(Licht, CDU: Sie sparen das Stichwort  
„Verantwortung“ völlig aus!)

aber es gibt auch keine personelle Alternative zu Ministerpräsident Kurt Beck.

(Bracht, CDU: Weiter so! –  
Licht, CDU: Jeder kann machen, was er will,  
ohne jede Verantwortung! –  
Frau Kohnle-Gros, CDU: Es gibt immer  
eine Alternative! –  
Unruhe bei der CDU)

Es wird dieser Ministerpräsident sein, der gemeinsam mit der rot-grünen Koalition diese Legislaturperiode bestreiten wird. Wir werden gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten, gemeinsam mit Kurt Beck, auch die Probleme am Nürburgring lösen.

Ich lade Sie herzlich ein: Arbeiten Sie konstruktiv mit. Das ist eine ernst gemeinte Einladung. Überlegen Sie sich, ob es diese Show noch wert ist. Sie haben keine personelle Alternative aufgezeigt. Inhaltlich haben Sie zum Thema „Nürburgring“ auch keine Alternative aufgezeigt.

(Licht, CDU: Sie haben zur Verantwortung  
nichts gesagt! Zur Verantwortung  
haben Sie nichts gesagt!)

Sie haben bis übermorgen früh 09:30 Uhr Zeit, noch einmal in sich zu gehen.

(Bracht, CDU: Sagen Sie mal was  
zur Verantwortung!)

Darüber können Sie morgen in der Fraktionssitzung noch einmal diskutieren.

Ich würde Ihnen raten, beenden Sie die Show, solange es noch geht. Ziehen Sie Ihren Antrag zurück, dann können wir uns am Donnerstag ganz der Sacharbeit für dieses Land widmen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Hering, SPD: Genau!)

Wir sind angetreten für eine neue und andere politische Kultur, für eine Diskussionskultur. Deswegen werden wir hier auch immer Kritik äußern. Wir diskutieren auch in der Koalition miteinander. Wir diskutieren aber nicht alles in der Öffentlichkeit und auf den Marktplätzen.

(Licht, CDU: Noch nicht einmal im Ausschuss!)

Das zeichnet auch Vertrauen miteinander aus. Vertrauen besteht nicht darin, dass man sich sozusagen blind aufeinander folgt, sondern Vertrauen besteht darin, dass man gerade dann, wenn es schwierig wird, ein offenes Wort miteinander wechseln kann.

Genau in diesen Situationen – in einer solchen Situation sind wir beim Nürburgring –, in denen die Ausgangspositionen relativ weit auseinanderliegen, eine gemeinsame Lösung auf Augenhöhe zu finden, das hat diese Koalition miteinander geschafft. Deswegen hat diese Koalition und haben auch die Abgeordneten meiner Fraktion das Vertrauen in den Fortbestand dieser Koalition und auch in Kurt Beck als Ministerpräsidenten und demjenigen, der diese Koalition entsprechend anführt, weil wir kritisch miteinander umgehen, keine Blankoschecks untereinander verteilen, sondern die Dinge miteinander diskutieren immer im Sinne der gemeinsamen Sache: Das ist der sozial-ökologische Wandel in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren. Den lassen wir uns nicht an einem Punkt schlechttreten, sondern wir wollen diese Zusammenarbeit auch in den kommenden Jahren weiterhin erfolgreich fortsetzen.

Das ist unser Auftrag, den uns die Wählerinnen und Wähler gegeben haben: 100 % für erneuerbare Energien, kleinere Klassen, die beste Bildung für alle Kinder in diesem Land, die Gestaltung des demografischen

Wandels, Öffnung und Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung, Wahlalter senken, mehr direkte Demokratie möglich machen, den Landtag im Livestream übertragen und die Debatten offen und transparent, aber immer sachlich führen, damit in diesem Land unsere Kinder eine gute Zukunft haben. Dafür sind wir angetreten. Deswegen werden übermorgen 18 Abgeordnete der GRÜNEN Ihren Antrag ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Braun:**

Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Die Abstimmung über den Misstrauensantrag kann gemäß Artikel 99 Abs. 3 der Verfassung i.V.m. § 50 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags frühestens am zweiten Tag nach Schluss der Aussprache und spätestens binnen einer Woche nach seiner Einbringung stattfinden.

Meine Damen und Herren, die Abstimmung über den Misstrauensantrag wird für Donnerstagmorgen um 09:30 Uhr vorgeschlagen. Ich gehe davon aus, dass sie dann durchgeführt werden kann.

Ich schließe hiermit die Sitzung und lade Sie zur nächsten Plenarsitzung morgen um 14:00 Uhr ein.

Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 15:24 Uhr.